

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mitringshaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 15. Mai 1931

Rothschilds Pleite.

Von Friedrich Austerlitz (Wien).

Veranstaltet
v. a. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Wie ein Donnerschlag hat die österreichische Öffentlichkeit die Nachricht getroffen, dass die Kreditanstalt ins Wanken geraten ist, dass sie, wenn ihr nicht sofort Hilfe gebracht wird, gezwungen sein würde, ihre Schalter zu sperren und ihren Zusammenbruch offen zu deklarieren.

Die Kreditanstalt ist nicht nur die älteste der österreichischen Grossbanken, sie war schon in der Monarchie die grösste Bank, eine Bank, von deren Festigkeit man einfach unverbrüchlich überzeugt war, und sie ist heute die Bank in Österreich, von der der grösste Teil der österreichischen Industrie unmittelbar abhängt. Sie hat vor Jahr und Tag die Bodenkreditanstalt saniert und übernommen und nun wankt die Kreditanstalt selbst! Sie, deren Präsident Rothschild ist, die also von einem Hause fundiert wird, das der Inbegriff von Reichtum, Kapitalkraft und internationalem Ansehen ist! Wenn die Kreditanstalt fiel, so würden zahllose Industrien, die auf ihren Kredit angewiesen sind, in die grösste Gefahr kommen, und Österreichs Wirtschaft würde in eine Katastrophe versetzt werden, die alles verschlänge, was in diesem armen und ausgebluteten Staate halbwegs noch Bestand zu haben scheint. Die Regierung musste also eingreifen, aber ohne schwere Folgen wird es trotz der Stützungsaktion nicht abgehen. Die Krise, in die Österreichs grösste, älteste und berühmteste Bank geraten ist, entschleiert es wie mit Blitzlicht, wie es um diesen Staat, dessen "Selbständigkeit" ein Fetisch ist, den so viele Mächte gläubig verehren, in Wirklichkeit steht.

Die Kreditanstalt hat den grossen Bissen, der ihr mit der Uebernahme der falliten Bodenkreditanstalt auferlegt ward, nicht zu verdauen vermocht. Diese Sieghartische Bank, versippt mit den Christlichsozialen, mit den Seipel und Kienböck, hatte aus politischen Gründen eine ganze Reihe von Gross- und Mittelbanken übernehmen müssen; sie war ausersehen und willig, die faulen Gründungen der Inflationszeit, die mehr oder minder alle auf christlichsoziales Konto gehen, zu übernehmen. Aber auch alles, was notleidend wurde, nahm sie auf: so die Anglo-Bank, die einmal unter britischer Protektion stand, so die Union-Bank, die Herr Bosel, so die Verkehrs- und die Depositenbank, die Herr Castiglioni zugrunderichtete. Das alles ging natürlich weit über ihre Kräfte, und als die Heimwehrbewegung mit ihren inneren Putschabsichten im höchsten Flor stand, in den ersten Tagen der Regierung Schober (Herbst 1929), war der Krug solange zum Brunnengegangen, dass er brach. Es war ein kritischer und dramatischer Moment: der Bundeskanzler Schober musste an einem Sonntag Herrn Rothschild auf der Jagd ausfindig machen und nach Wien zurückberufen, wo er ihm erklärte, wenn er, d.h. wenn die Kreditanstalt die "Boden" nicht sofort übernehme, seine Demission einreichen und Österreich seinem Schicksal überlassen werde. Einem solchen Drucke konnte sich selbst ein Rothschild nicht entziehen; die Kreditanstalt übernahm die Sieghart'sche Bank, aber an diesem Bissen ist sie erstickt. Nicht weniger als sechzig Millionen Schilling soll sie dieser

"Liebesdienst" gekostet haben. Den Rest gaben ihr die notleidenden Industrien, von denen sie einen ganzen Schock zu betreuen hat, und so kam heraus, dass die Bank, deren Aktienkapital 125 Millionen beträgt, mit 140 Millionen Schilling passiv ist, sie also noch mehr als ihr gesamtes Aktienkapital verpulvert hat. Sie ist demnach fertig, kann sich aus eigener Kraft nicht mehr aufraffen und der offene Zusammenbruch kann nur verhindert werden, wenn der Staat helfend eingreift. Unter dem Zwange der Not hat er sich dazu entschlossen.

Die Rettungsaktion ist so konstruiert, dass erstens von dem Aktienkapital 25 Prozent preisgegeben werden; der Aktienwert wird also um ein Viertel gekürzt. Obwohl er eigentlich ganz verschwunden ist, konnte man sich zu einer grösseren "Abschreibung" nicht verstehen, weil ein namhafter Teil des Kapitals vom Auslande herrührt, eine grössere Kürzung den internationalen Kredit Österreichs, wie man behauptet, aufs stärkste beeinträchtigen würde. Um aber den Ersatz des aufgezehrten Eigenkapitals herbeizuführen, gibt der Bund, dieser arme, mit Defiziten ringende Bund, 100 Millionen Schilling, die er sich durch Schatzscheine beschaffen wird und zu deren Ausgabe es der Zustimmung des Genfer Kontrollkomitees bedarf, her; und je 30 Millionen steuern die Nationalbank und das Haus Rothschild bei. Der Bank fliesst so an neuem Kapital mehr zu als ihr Verlust an Aktienkapital beträgt. Demnach ist zu hoffen, dass die Einleger die Besonnenheit nicht verlieren und angesichts dieser Stützungsaktion auf Abhebungen verzichten - wenn auch nicht zu erwarten ist, dass sie, die ja durch die kritische Finanzlage Österreichs aufs stärkste verängstigt sind, das traurige Ereignis in voller Ruhe aufnehmen werden. Natürlich würde sich die Unruhe, die von der Rothschild-Bank ausgeht, auch auf die anderen Banken verbreiten. Die Folgen und Wirkungen auf die Wirtschaft sind gar nicht abzuschätzen. Der Staat steckt in den schwersten finanziellen Nöten (und mit ihm die Länder und Gemeinden), er ist im Begriffe die Gehälter der Beamten zu kürzen und will ihnen überdies eine eigene Steuer auferlegen. Die Arbeitslosenunterstützung will er empfindlich einschränken: wer aber kann und wird zu Opfern bereit sein, da er vernimmt, dass der Staat trotz seiner verzweifelten Finanzlage für Rothschild und Rothschild-Bank 100 Millionen Schilling bereit hat?

Die Kreditanstalt ist heute in Österreich die eigentliche Industriebank. Der überwiegende Teil der österreichischen Industrie wird von ihr genährt, wenn auch, wie überall, auch hier Bankkredit eine kostspielige Nahrung ist. Und nun erweist sich dieser Tragpfeiler des Privatkapitalismus als morsch, bricht zusammen und an seine Stelle muss der Staat treten; das ist in Wahrheit die Ablösung des Privatkapitalismus durch den Staatskapitalismus. Diejenigen, die noch immer meinen, diese Weltkrise sei nur ein "Zwischenfall" und der Privatwirtschaft, der kapitalistischen Ordnung werde es gegeben sein, sie zu überwinden und sich, wie in der Wirklichkeit so in den Vorstellungen der Menschen, zu behaupten, sie haben aus diesem Bankzusammenbruch, der ein Zusammenbruch des Bankenkapitalismus ist, zu entnehmen, dass die Krankheit, die die Wirtschaft der gesamten Welt befallen hat, eine Erkrankung des Organismus geworden ist - aus der er nicht mehr heil herauskommen wird. Dem Kapitalismus als dem herrschenden und beherrschenden System des Wirtschaftens der Welt läuten bereits die Totenglocken.

"SPD. In letzter Zeit sind von nationalsozialistischer Seite Briefsendungen häufig mit einem Klebezettel versehen worden, der neben dem Hakenkreuzabzeichen auch die Inschrift trägt "Trotz Verbot nicht tot!" oder ähnlich.

Auf Grund zahlreicher Beschwerden, die dem Reichspostministerium in der Sache inzwischen zugegangen sind, hat der Reichspostminister sämtliche Postanstalten darauf hingewiesen, dass Briefsendungen, auf deren Aussenseite selbst oder auf dort angebrachten Klebezetteln sich Angaben politischen Inhalts befinden, zur Postbeförderung nicht angenommen werden dürfen.

SPD. Stockholm, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Im nordschwedischen Odalen-Distrikt ist am Freitag aus Protest gegen die von der Polizei hervorgerufenen blutigen Zusammenstöße vom Donnerstag ein 24 stündiger Generalstreik proklamiert worden, an dem etwa 20 000 Arbeiter beteiligt sind. Die Streikbewegung scheint sich allmählich auf ganz Norrland auszudehnen. Die Arbeitwilligen sind auf Ersuchen des Kreishauptmanns inzwischen aus dem Unruhegebiet zurückgezogen worden. Das für Schweden ganz ungewöhnliche Ereignis hat im ganzen Lande viel Staub aufgewirbelt.

SPD. In einer nationalsozialistischen Versammlung in Hildburghausen erklärte der Referent, ein Studienrat Hille am 13. Juni 1930, es sei klipp und klar bewiesen, dass die Reichstagsabgeordneten Crispien und Dittmann während des Krieges von dem französischen Offizierspion Crozier-Desgranges Geld zur Förderung der Revolution in Deutschland erhalten hätten. Diese Behauptung wurde in dem Hildburghäuser Kreisblatt und in der Dorfzeitung in Hildburghausen weiter verbreitet. Die Abgeordneten Crispien und Dittmann liessen von ihrem Rechtsbeistand, dem Reichstagsabgeordneten Landsberg, gegen die beiden genannten Zeitungen und gegen Studienrat Hille Anklage wegen Verleumdung erheben. Der verantwortliche Redakteur des Hildburghäuser Kreisblattes, Paul Otto George, liess um Zurücknahme der gegen ihn erhobenen Privatklage bitten. In einer Ehrenerklärung nahm er die "klipp und klar bewiesene" Verleumdung ohne jede Einschränkung zurück. Ausserdem übernahm er die Kosten des Verfahrens.

Der verantwortliche Redakteur der Dorfzeitung wollte auf Veranlassung seines Verlegers den Wahrheitsbeweis für die erwähnten Behauptungen führen. Sein Rechtsvertreter verwies auf das Buch von Crozier-Desgranges "In geheimer Mission beim Feinde". Es sollten als Zeugen der französische Spion Crozier-Desgranges und der Kommunist Pieck geladen werden. Der Versuch des Angeklagten, den Wahrheitsbeweis zu führen, brach kläglich zusammen. Der französische Spion Crozier-Desgranges war nicht bereit vor einem deutschen Gericht zu erscheinen und der Kommunist Pieck war dauernd in Russland. Nirgends war auch nur die Spur eines Beweismaterials aufzutreiben. Und so blieb auch dem zweiten Redakteur, Honndorf, nichts übrig, als ebenfalls die "klipp und klar bewiesene" Anschuldigungen gegen Crispien und Dittmann vorbehaltlos zurückzunehmen. Honndorf gab folgende Erklärung ab:

"Ich bedauere, durch die Wiedergabe der Rede des nationalsozialistischen Studienrats Hille in Nr. 136 der "Dorfzeitung" Hildburghausen vom 13. Juni 1930 eine üble Nachrede über die Reichstagsabgeordneten Crispien und Dittmann verbreitet zu haben. Ich habe mich überzeugt, dass in den Aufsätzen des "Matin", auf die Studienrat Hille sich in seiner Rede berufen hat, nirgends behauptet wird, dass die Abgeordneten Crispien und Dittmann mit dem französischen Spionageoffizier Crozier-Desgranges während des Krieges in irgendwelchen Beziehungen gestanden hätte. Ich habe mich ferner überzeugt, dass in diesen Aufsätzen und dem ihnen zu Grunde liegenden Buche des Crozier "Desgranges" "En Mission chez l'ennemi" (In geheimer Mission beim Feinde) die Namen der Abgeordneten Crispien und Dittmann überhaupt nicht genannt sind und dass dieses Buch wegen offenkundiger Unrichtigkeit keinerlei Beweiskraft besitzt.

Auch Studienrat Hille hat mir auf wiederholte Anfrage keinerlei Beweis dafür erbringen können, dass er die Beschuldigungen gegen die beiden Reichstagsabgeordneten zu Recht erhoben hat.

Nach alledem nehme ich die in meinem Bericht enthaltenen üblen Nachreden gegen die Abgeordneten Crispien und Dittmann mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Ich verpflichte mich, die Kosten des Verfahrens zu tragen und diese Erklärung auf meine Kosten in der "Dorfzeitung" Hildburghausen, in dem Hildburghäuser Kreisblatt sowie dem "Völkischen Beobachter" München und in der "Deut-

schen Zeitung" in Berlin zu veröffentlichen.

Der Beschuldigte verpflichtet sich ferner, 100.-- Mark Busse an die Stadt Berlin für Wohlfahrtszwecke zu zahlen."

Bleibt noch die Abrechnung mit dem Studienrat Hille. Gegen ihn ist von der Staatsanwaltschaft in Meiningen im öffentlichen Interesse eine Anklage wegen Beleidigung erhoben worden. Vor dem Schöffengericht Meiningen sollte bereits am 2. Dezember 1930 gegen Hille verhandelt werden. Der Termin wurde aufgehoben, weil die Verteidiger Hilles, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Frank II, darum ersucht hatte. Er hätte die Sache noch nicht durcharbeiten können und ausserdem müsste er sich am 3. Dezember 1930 an der Eröffnung des Reichstags beteiligen. Dann wurde das ganze Verfahren zurückgestellt, bis zur Erledigung der Prozesse gegen die beiden Redakteure.

Hoffen wir, dass nun endlich auch dieser Prozess gegen Hille durchgeführt werden kann, damit offenbar wird, wie leichtsinnig ein Studienrat mit der Ehre politischer Gegner umspringt.

SPD. Paris, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

In der Freitag-Sitzung des Senats, in der Doumer bereits nicht mehr den Vorsitz führte, beantragte der sozialistische Senator Soulié die baldige Festsetzung des Datums für die Besprechung seiner Interpellation über die Massnahmen, die gegen die Arbeitslosigkeit und die Lohnkürzungen in der Grubenindustrie des Loire-Beckens ergriffen werden sollen. Der Redner protestierte heftig gegen den Schiedsspruch der Regierung, durch den die Löhne vorläufig um fünf Prozent herabgesetzt worden sind, und schlug schliesslich vor, angesichts der Unfähigkeit der Grubengesellschaften, die Konzessionen für den Kohlenabbau Arbeitergesellschaften zu übertragen, die die Gruben mit Gewinn ausbeuten würde. Der sozialistische Senator Cadot schloss sich dem Protest des Vorredners an und erklärte unter dem Beifall des Hauses, er sei selbst 35 Jahre lang Grubenarbeiter gewesen, und er könne als solcher bestätigen, dass die Löhne niemals ausreichend gewesen seien.

Ministerpräsident Laval erklärte in seiner Antwort auf die Ausführungen der beiden sozialistischen Senatoren, dass das Kohlenproblem sehr kompliziert sei. Die französischen Gruben produzierten nur zwei Drittel des französischen Verbrauchs, trotzdem aber herrsche eine Absatzkrise. Die Grubengesellschaften verlangten daher die Erhöhung der Einfuhrzölle. Wenn die Regierung aber diese These annehmen würde, so würde in der Schwerindustrie eine ernste Krise hervorgerufen, die dazu führen würde, dass die Zollerhöhungen wieder rückgängig gemacht werden müssten. Den Eisenbahngesellschaften könne man den Ankauf ausländischer Kohle nicht verbieten, denn sonst würde ihr Defizit noch grösser werden. Die Regierung habe aber die Eisenbahngesellschaften gebeten, soweit als möglich französische Kohle zu benutzen. Im Unterstaatssekretariat für die nationale Wirtschaft sei eine Kohlenkommission gebildet worden, in der alle Interessenten vertreten seien. Schutzmassnahmen für die französische Kohle seien notwendig, denn die ausländische Konkurrenz, die durch billigere Verkehrstarife und Prämien begünstigt werde, sei nicht immer loyal. Die Regierung müsse auch die Interessen der Arbeiter verteidigen.

Laval bat die Interpellanten schliesslich, ihm Vertrauen zu schenken und mit der Besprechung seiner Interpellation noch etwas Geduld zu haben, bis sich die Regierung über die zu ergreifenden Massnahmen einig sei. Zu dem Vorschlag Soulié, die Konzessionen für Kohlenabbau Arbeitergesellschaften zu übertragen erklärte der Ministerpräsident, es sei wenig wahrscheinlich, dass da wo die Grubengesellschaften keine Gewinne erzielen, die Arbeiter welche herausholen würden. Senator Soulié antwortete darauf, dieser Fall sei jedoch bereits in Monthieux zu verzeichnen gewesen. Schliesslich erklärte sich Soulié damit einverstanden, dass die Besprechung seiner Interpellation vorläufig vertagt wird.

SPD. Hamburg, 15.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Freitagnummer des "Hamburger Echo" konnte wegen einer plötzlichen Arbeitseinstellung des technischen Personals nicht erscheinen. Die Arbeitseinstellung erfolgte wegen Differenzen zwischen Personal und Geschäftsleitung über angekündigte Personalentlassungen, über die die letzte Entscheidung noch nicht getroffen war, und ohne dass die Gauleitung des Verbandes der deutschen Buchdrucker, die die Arbeitseinstellung als Verletzung des Tarifvertrages missbilligt, zur Beilegung der Differenzen vermittelnd eingreifen konnte.

Die Arbeit ist nach einer Vereinbarung mit dem Personal in der Spätschicht des Freitags bereits wieder aufgenommen worden. Ueber die Beilegung der Differenzen soll am Sonnabend verhandelt werden.

SPD. Danzig, 15.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Senat der freien Hansestadt Danzig hat gegen die sozialdemokratische "Danziger Volksstimme" anlässlich eines Kommentars zu den Ausführungen Hitlers im Berliner Eden-Prozess Strafantrag gestellt.

Im Verlauf seiner Vernehmung im Berliner Eden-Prozess hat Hitler Ausführungen über die Danziger SA gemacht, die das Danziger Polizeipräsidium aufs schwerste belasten und die bestätigen, was in Danzig die Spatzen schon längst von den Dächern pfeifen. Hitler hat, als er die Legalität seiner Partei begründete, folgendes gesagt: Er arbeite mit aller Kraft daran, die Legalität der Partei aus der Theorie in die Praxis umzusetzen. Wenn die Danziger SA bewaffnet gewesen sei, so habe sich später herausgestellt, dass dort die Leute mit Waffenscheinen versehen waren. Ein näheres Eingehen auf diese Dinge wäre jedoch nur in einer nichtöffentlichen Sitzung möglich.

Die sozialdemokratische "Danziger Volksstimme" hat die in öffentlicher Gerichtsverhandlung gemachten Aussagen Hitlers wiedergegeben und die Regierung ersucht, diesem Skandal ein Ende zu machen. Das Blatt stellte weiter fest, dass bei der Nazischießerei in dem Danziger Vorort Ohra junge Burschen, die Waffenscheine bei sich führten, auf die Menge geschossen haben. Acht Personen wurden damals durch Schüsse mehr oder minder schwer verletzt. In einer Mitteilung der Regierungspressestelle an die bürgerlichen Zeitungen wird bedauert, dass wegen der Ausführungen der Volksstimme nur Strafantrag gestellt und nicht sofort in schärferer Weise gegen das Blatt vorgegangen werden könne. In Danzig wird sich also in nächster Zeit ein äusserst bedeutsamer politischer Prozess abrollen.

SPD. Genf, 15.Mai (Eig.Drahtb.)

Briand wird am Dienstag nächster Woche nach Paris zurückreisen und am Mittwoch seine Demission offiziell bekanntgeben. Für den Rest der Tagungen wird Frankreich in Genf durch Francois Poncet, einem Vertrauensmann der französischen Schwerindustrie, vertreten.

Die Beratungen des Europa-Komitees begannen mit einer Eröffnungsrede Briands, der sichtlich niedergeschlagen die vorliegende organisatorische und wirtschaftliche Arbeit besprach. In dieser Tagung müsse vor allem auch der wichtige neue Weg geprüft werden, den Dr. Curtius über die Zollverständigung angeregt habe.

Henderson begrüßte Briand unter wiederholtem starkem Beifall in ausserordentlich warmen und herzlichen Worten. Er sei nicht nur ein nationaler Politiker, sondern vor allem ein grosser internationaler Staatsmann, ein Garant für den Frieden und die Verständigung der Völker. Er symbolisiere das Völkerbundsideal. Es lasse sich nicht verbergen, dass er nicht mehr in der gleichen Situation sei wie noch vor kurzem. Alle Versammelten wünschten aber, dass keine Veränderungen eintreten mögen, die alle beklagen würden und bei denen

sich niemand einmischen könne. Hoffentlich sei es ihm möglich, dem Völkerbund seine überragende Arbeitskraft zu erhalten. Was auch immer kommen möge, alle Versammelten hätten grösste Befriedigung über die Arbeit mit ihm gehabt.

Briand dankte sehr bewegt. Der Völkerbund und die Europa-Kommission seien Einrichtungen des Friedens, in denen er seinen Platz einnehmen durfte. Er habe hier die Möglichkeiten gefunden, der Verständigung zu dienen. Unter welcher Form es auch immer sein werde, er werde der Arbeit am Frieden treu bleiben.

Motta-Schweiz erstattete dann den Bericht über die Arbeiten des Organisationsausschusses vom März, der ohne Aussprache angenommen und an die Völkerbundsversammlung weitergeleitet wurde. Die Teilnahme Danzigs an den Wirtschaftsarbeiten der Europa-Kommission von Danzig, durch Polen beantragt, wurde gleichfalls debattelos genehmigt. - Weiterberatung Sonnabend.

SPD. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat gegen den braunschweigischen Minister des Innern und für Volksbildung, Dr. Anton Franzen, Mitglied des Reichstags, Anklage erhoben. Franzen wird beschuldigt, in fortgesetzter Handlung den Landwirt Guth nach der Begehung seines Vergehens begünstigt zu haben, um ihn der Bestrafung zu entziehen. Der Reichstag hat die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen den Minister Franzen erteilt.

Guth war an den Krawallen in der Leipziger Strasse am Tage der Eröffnung des Reichstags beteiligt. Im Anschluss daran hat Franzen versucht, Guth zu begünstigen.

SPD. London, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Auf dem Landestag der Liberalen Partei in Buxton erklärte Lloyd George, dass er keine Veranlassung sehe, die Arbeiter-Regierung nicht weiter zu unterstützen. Die Regierung habe auf Veranlassung seiner Partei eine ganze Reihe von Massnahmen durchgeführt.

SPD. Antlich wird mitgeteilt: "Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Schiele hat am Mittwoch mit Vertretern der Brotfabriken Gross-Berlins die von der Reichsregierung zur Senkung des Berliner Brotpreises eingeleiteten Massnahmen ausführlich besprochen. Der Minister hat hierbei den Berliner Brotfabriken bekanntgegeben, dass sie zu den gleichen Bedingungen wie die übrigen Berliner Bäckereibetriebe Roggenmehl beziehen könnten, das aus dem von der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft abgegebenen Roggen hergestellt wird. Die Vertreter der Brotfabriken haben erklärt, dass sie sich zu dem Angebot des Reichsernährungsministers verbindlich nicht äussern könnten. Inwiefern die Brotfabriken im einzelnen von diesem Angebot Gebrauch machen werden, muss abgewartet werden."

SPD. Rom, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Freitag hat der Papst sein neuestes Rundschreiben über "Gesellschaftsordnung und Arbeiterfrage" den Pilgern bekanntgegeben, die sich im Damaser-Hof des Vatikans um ihn versammelt hatten. Der Papst ging in seiner Rundfunkansprache, die er in Italienisch, Französisch und Deutsch hielt, auf die wesentlichen Punkte kurz ein.

Das neue Rundschreiben zerfällt in drei Hauptteile. Der erste Teil bestätigt die Grundsätze Leo XIII. und betont das der Arbeiterschaft zustehen-

de Recht der Koalition zum Zwecke der organisierten Selbsthilfe. Im zweiten Teil werden die veränderten Zeitverhältnisse in Betracht gezogen. Die Lehre vom Recht auf privates Eigentum wird bestätigt, die verderblichen Verirrungen des selbstsüchtigen Kapitalismus werden gegeißelt, eine Neuordnung des ganzen Wirtschaftssystems sei unerlässlich. Das dauernde Proletariat dürfe nicht zur Regel für die Mehrheit der Menschheit werden. Allmählich müsse die besitzlose Lohnarbeiterschaft zu einer entsprechenden Wohlhabenheit gelangen. Das Ziel sei in der bestehenden Ordnung der Dinge, die ausdrücklich anerkannt wird und deren Auswüchse gegeißelt werden, nur erreichbar auf dem Wege gerechter, angemessener und auch für alle Familienlasten ausreichender Löhne.

Im dritten Teil gibt der Papst einen Gesamtüberblick über das herrschende Wirtschaftssystem. Die Kapitalanhäufung in wenigen Händen führe zu einer rücksichtslosen Willkürherrschaft. Abhilfe könne nur die christliche Lehre der ausgleichenden Zusammenarbeit der Stände schaffen. Ein besonderer Abschnitt ist dem Sozialismus gewidmet. Er habe in den letzten 40 Jahren tiefgehende Wandlungen durchgemacht, sei in zwei Richtungen, in Kommunismus und den heutigen Sozialismus zerfallen. Mit dem Kommunismus würden sich die Lehren der Kirche als völlig unvereinbar erweisen. Der Sozialismus von heute habe vielfach starke Abstriche an seinen Programmen vorgenommen. Er sei in einer Reihe von Problemen mehr oder weniger den katholischen Sozialprinzipien nahegekommen. Aber, so fährt der Papst fort: "auch nach dieser weitgehenden Abschwächung und trotzdem viele seiner Programmpunkte durchaus der Gerechtigkeit entsprechen und auch von der Kirche vertreten werden, ist der Sozialismus mit seiner Gesellschaftsauffassung der katholischen Lehre so entgegengesetzt, dass jede grundsätzliche Einigung mit ihm immer und unter allen Umständen ausgeschlossen ist." Deshalb ruft der Papst die Katholiken, die ins Lager des Sozialismus übergegangen seien, zur kirchlichen Lehre zurück. Die Schlussworte des päpstlichen Rundschreibens sind die des Segens für alle.

Deutsche Zentrumsabgeordnete wie Joos und Schwarzer nahmen als Führer der katholischen Arbeiterdelegationen an der grossen Feier teil.

SPD. Haag, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

In dem deutsch-polnischen Schulstreit, der seit 1928 schwebt, fällt der Weltgerichtshof am Freitag einen Spruch zugunsten Deutschlands.

Die Frage, die dem Weltgerichtshof vom Völkerbundsrat zur Begutachtung vorgelegt worden war, lautete dahin, ob den im Jahre 1928 auf Grund eines abgelegten Sprachexamens vom Besuch der deutschen Minderheitsschulen ausgeschlossenen Kindern der Zutritt zur deutschen Minderheitsschule auch in Zukunft verweigert werden könne. Diese Frage beantwortet der Weltgerichtshof mit der Erklärung, dass diesen Kindern der Besuch deutscher Minderheitsschulen nicht verboten werden könne!"

SPD. Rom, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Freitag wurden mehrere Orte in der Gegend von Viterbo von einem Erdbeben heimgesucht. Eine furchtbare Panik ergriff die Bevölkerung. In Celleno wurden fast alle Häuser schwer beschädigt bzw. zerstört. Da sich die Bevölkerung rechtzeitig ins Freie gerettet hatte, sind Menschenleben vorläufig nicht zu beklagen.

SPD. Stuttgart, 15.Mai (Eig.Drahtb.)

Am Freitag wurde hier eine Gläubigerversammlung der verkrachten deutschen Autoversicherung abgehalten, zu der auch Angestellte des Unternehmens erschienen waren.

Kennzeichnend für die Betriebsführung dieses Unternehmens sind die Mitteilungen des Betriebsratsvorsitzenden, wonach ein Direktor nicht nur 48 000 Mark Gehalt, sondern daneben noch Vertrauensspesen und zwei Prozent von der Höhe des eingehenden Bruttobetragtes aller Versicherungsprämien erhielt. Bei seinem Ausscheiden erhielt er eine Barabfindung von 140 000 Mark. Ein später bestellter Vertreter dieses Herrn erhielt die Hälfte der Bezüge seines Vorgängers und eine Jahresvergütung von ein Prozent der Bruttoprämien, höchstens (!) 90 000 Mark. An den Aufsichtsrat wurden im letzten Geschäftsjahr 15 000 Mark Tantieme verteilt, während die Angestellten unter Tarif bezahlt wurden.

Die Passiven des Unternehmens betragen 7,96 Millionen Mark, denen nur 1,17 Millionen Aktiven gegenüberstehen. Die Ueberschuldung der Gesellschaft beträgt also 6,79 Millionen Mark. Sie ist so hoch, dass aus der Masse nicht einmal die bevorrechteten Forderungen der Angestellten befriedigt werden können.

SPD. Schwerin, 15.Mai (Eig.Drahtb.)

Am Freitag zogen über weite Teile Mecklenburgs heftige Gewitter. Insgesamt wurden in Mecklenburg und in den Grenzgebieten zehn Wohn- und Wirtschaftsgebäude durch Blitzschlag eingeäschert.

SPD. Stuttgart, 15.Mai (Eig.Drahtb.)

In Haisterkirch bei Ravensburg fuhren zwei junge Burschen mit ihren Fahrrädern in eine Prozession und gaben, als man sie zur Rede stellte, mehrere scharfe Schüsse ab. Sie suchten darauf zu entfliehen und feuerten blindlings weiter. Mehrere Personen wurden durch Schüsse verletzt. Es entstand eine Panik wobei mehrere Frauen ohnmächtig wurden. Die beiden Burschen wurden verhaftet.

SPD. Kairo, 15.Mai (Eig.Drahtb.)

Die blutigen Zusammenstösse, die anlässlich des Beginns der Parlamentswahl in Kairo zu verzeichnen waren, haben nach Mitteilungen eines hiesigen Krankenhauses bisher 70 Tote und 300 Verwundete gefordert.

Die Regierung erklärt amtlich, dass am ersten Wahltage entgegen der Wahlenthaltungsparole des Wafd bis zu 65 % der Wähler abgestimmt hätten und ihr Sieg infolgedessen sicher sei. Demgegenüber erklärt der Führer der Opposition, Nahas Pascha, dass die Wahlbeteiligung eine Niederlage der Regierung bedeute. Tatsächlich hat die Regierung das bisherige Abstimmungsergebnis mit allen Mitteln beeinflusst. Insbesondere in Kairo sind grosse Wahlfälschungen festgestellt worden. So wurde aus einem grösseren Wahllokal die Wahlbeteiligung mit 80 % gemeldet, obwohl in diesem Lokal niemand zur Wahl erschienen war. Zahlreiche Mitglieder der Wahlkommission haben wegen der ungeheuren Wahlfälschungen ihr Amt zur Verfügung gestellt.

Aus einer von einem hiesigen Blatt veröffentlichten Liste der im ersten Wahlgang gewählten Kandidaten ergibt sich, dass 90 % dieser Kandidaten Staatsbeamte und Angestellte sind.

Aus aller Welt

Die genarrten Spiritisten.

Die Geister, die Herr Bouchard rief, wird er nicht wieder los - Chaffeur in guter Fahrt - "Gauereien" eines Hingerichteten.

SPD. Paris, Mitte Mai (Eig. Bericht)

Die Bewohner der schönen Rhonestadt Lyon scheinen sich, ähnlich wie Dr. Faust der Magie, dem Spiritismus ergeben zu haben. Denn in kaum einer anderen modernen Grosstadt dürfte der Spiritismus so viel Anhänger besitzen, wie in Lyon. Nicht weniger als fünf eingetragene Spiritistenvereine haben dort ihren Sitz, daneben zahlreiche Privatzirkel. Angesichts so heftiger Spiritisterei ist es natürlich erklärlich, dass die Leute den Sinn für die Wirklichkeit allmählich verlieren und sich von gerissenen Gaunern nach allen Regeln der Geisterkunst ausbeuten lassen. Mit welcher Frechheit ein solcher Gauner vorgegangen ist und welche Naivität die Opfer an den Tag gelegt haben, zeigt folgender Fall, der zurzeit ganz Lyon in Aufregung hält.

Der Chauffeur im Astraklub.

Der Fabrikant Bouchard hatte im Krieg seinen einzigen Sohn verloren. Er tröstete sich schliesslich über den Verlust dadurch, dass er mit seiner Frau und einigen Freunden, darunter einem jungen Manne namens Veyre, in abendlichen Zusammenkünften Tischrücken veranstaltete und dabei den Geist des Verschiedenen sprechen liess. Eines Tages gründete die Familie mit ihren Freunden einen Klub, dem der pompöse Name "Astraklub" gegeben wurde. Bouchard besass ein Auto; er hatte sogar einen Chauffeur. Dieser Chauffeur, ein junger Bretone namens José Caraes, sollte ihm zum Verhängnis werden. Denn Caraes hatte schnell herausgefunden, dass sich mit der unschuldigen Spiritisterei seines Chefs ein glänzendes Geschäft machen liess. Er beteiligte sich an den Geistersitzungen und erwarb sich dabei ein solches Vertrauen, dass die Familie Bouchard ihn bald wie ihren eigenen Sohn behandelte. Da Caraes grosse spiritistische Talente entwickelte, wurde sein Einfluss auf die Familie und deren Freunde immer grösser. Schliesslich entdeckte er angeblich in dem jungen Veyre ein glänzendes Medium und veranstaltete mit ihm Sitzungen, bei denen allmählich der Geist des im Kriege gefallenen jungen Bouchard in den Hintergrund gedrängt und durch Geister berühmter Personen ersetzt wurden. Zu diesen gehörte vor allem der Freibeuterkapitän Mandrin, der im Jahre 1755 auf dem Marktplatz von Valence öffentlich gerädert worden ist. Nachdem durch Vermittlung des Mediums anfangs eine Korrespondenz harmloser Art zwischen der Familie Bouchard und dem Geist Mandrins ausgetauscht worden war, wurde der Geist plötzlich anspruchsvoll und verlangte von Bouchard, er solle dem Chauffeur Caraes oder dem jungen Veyre bestimmte Geldsummen für ihn übergeben, die an geheimnisvollen Orten deponiert werden mussten.

Der Geist des Geräderten.

Bouchard zahlte, ohne mit der Wimper zu zucken, und war sogar erfreut, als ihm der Geist ab und zu durch Caraes auch Geld übermitteln liess, das an deren Mitgliedern des Klubs abgeknöpft worden war. Schliesslich kündete der Geist Herrn Bouchard und seinen Freunden aus Dank für die strenge Befolgung seiner Befehle eine grosse Ueberraschung an: er wolle ihnen bei der Auffindung von Schätzen behilflich sein, die er selbst zu seinen Lebzeiten an verschiedenen Orten versteckt habe. Dazu müsse aber ein Laboratorium eingerichtet werden, wozu 45 000 Francs nötig seien. Es klingt kaum glaublich, aber es ist wahr:

Bouchard zahlte die verlangten 45 000 Francs an Caraes aus, der darauf ein "Laboratorium für archäologische und unterirdische Forschungen" gründete. Dieses Laboratorium sah sehr seltsam aus: es bestand aus einem fast leeren Zimmer, dessen Wände aber mit elektrischen Drähten, Anschlussrohren und Gasröhren bedeckt waren. Dann ging man auf die Suche nach den angeblichen Schätzen die in Lyon unter dem vor einigen Monaten durch die grosse Erdrutschkatastrophe bekannt gewordenen Fourvière-Hügel, unter verschiedenen Schlossruinen in der Nähe von Lyon und sogar in einem Dorfe in Jura vergraben sein sollten.

Telefonate aus dem Jenseits.

Natürlich fand man nirgends eine Spur von den Schätzen. Zur Fortsetzung der Nachforschungen verlangte der Geist immer neue Summen, einmal 25 000 Francs, dann 12 000 Francs usw. Obgleich Herrn Bouchard die Sache allmählich verdächtig wurde, zahlten er und ein anderes Mitglied des Klubs weiter, da sie durch geheimnisvolle aus dem Jenseits kommende Briefe und Telefonanrufe zur Erfüllung ihrer Pflicht unter Androhung strenger Strafen ermahnt wurden. Im November vorigen Jahres wurde Bouchard sogar durch den Geist aufgefordert, einem Amerikaner namens Wall eine Vollmacht zum Ankauf seiner eigenen Fabrik auszustellen, wofür der Geist eine Kommission von 2500 Francs verlangte. Herr Bouchard gehorchte, aber der Verkauf seiner Fabrik erfolgte natürlich nicht.

Spuk im Schloss.

Das Tollste leistete sich Caraes im Namen des Geistes Anfang dieses Jahres. Er liess Bouchard folgende Botschaft übermitteln: "Stecke 5 000 Francs in einen Umschlag und übergib ihn Caraes, der ihn im Keller meines Schlosses verstecken wird." Jetzt spielte sich eine Szene von höchster Komik ab. Da Bouchard zugegen sein wollte, während Caraes mit dem Geist verhandelte, fuhr der Geisterbeschwörer in einer dunklen Nacht mit Bouchard und dem Medium Veyre nach den Ruinen des Schlosses Rochefort bei Lyon. Schlag Mitternacht stieg das Trio in den Keller des Schlosses hinab, wo Caraes bei Kerzenlicht den Umschlag unter einen Stein legte. Dann wurden alle Lichter gelöscht und die Anwesenden verharrten in tiefem Schweigen. Plötzlich ertönte ein leichtes Geräusch. Als die Lichter wieder angezündet wurden, war der Umschlag mit dem Gelde verschwunden. "Der Geist Mandrins ist in den Besitz des Briefes getreten" erklärte Caraes und Herr Bouchard gab sich damit zufrieden.

In ähnlichem Stile ging es weiter, bis Bouchard etwa 200 000 Francs und sein Freund fast ebenso viel an den Geist bzw. an Caraes ausgezahlt hatten. Schliesslich wurden Bouchard die ständigen Geldforderungen doch zu bunt und er zeigte die Sache bei der Polizei an, die Caraes wegen Betrug und Erpressung sofort verhaften liess.

Gewissensbisse...

Damit ist diese fast unglaubliche Geistergeschichte aber noch nicht zu Ende. Zwei Tage später erschien Bouchard bei dem mit der Untersuchung der Angelegenheit beauftragten Richter und erklärte, er ziehe seine Klage gegen Caraes zurück und bitte um dessen Freilassung, denn er habe sich getäuscht; nicht Caraes sei der Schuldige, sondern der Kapitän Mandrin (!), gegen den er die Klage aufrecht erhalte. Falls Caraes nicht freigelassen werden sollte, werde er ihm einen Rechtsanwalt zu seiner Verteidigung stellen. Der Untersuchungsrichter, der über dieses Verhalten des Klägers einfach sprachlos war, erklärte, er könne dem Antrage auf Freilassung nicht stattgeben, da die Untersuchung zunächst beendet werden müsse. Von schweren Gewissensbissen gequält, zog Bouchard, der immer noch an die Geister glaubt, unverrichteter Dinge wieder ab...

B-dt.

Wegeners letzte Spuren. Das bereits seit einigen Tagen als sicher vermutet Ende des deutschen Grönlandforschers Professor Wegener wird durch einige Funde bestätigt, die die am 23. April dieses Jahres aufgebrochene Hilfsexpedition im Eise machte. Etwa 150 Kilometer von der von Dr. Georgi besetzten sogenannten Station "Eismitte", die 400 Kilometer vom Westrand und 500 Kilometer vom Oststrand der grönländischen Eiswüste entfernt liegt, fand man Wegeners Schlitten und nach weiteren 60 Kilometern auch seine Skier. Bis zur Station "Eismitte" hatte Wegener 40 Tage gebraucht. Während des aussergewöhnlich strapaziösen Marsches waren mehrere eisige Schneestürme zu überstehen; es herrschte bis zu 54 Grad Kälte. Wegeners Begleiter Dr. Löwe erfroren sämtliche Zehen. Auf der Station "Eismitte" gönnte sich Wegener nur arlerthalb Ruhetage. Mit seinem grönländischen Begleiter Rasmass zog er weiter nach Westen. Er hatte noch zwei Hundeschlitten mit 17 Hunden bei sich. Sein Ziel war offenbar, die in Westgrönland arbeitende Hauptgruppe seiner Expedition zu erreichen. Er sollte keinen seiner Freunde wiedersehen.

Die anderen Mitglieder der Wegener-Expedition werden die wissenschaftlichen Arbeiten nach Wegeners Plan fortsetzen. Dr. Georgi, der u. a. auf Station "Eismitte" 12 Pilotballonaufstiege bis zu 13 Kilometer Meereshöhe und 10 Fesselballonaufstiege bis 4 500 Meter Meereshöhe durchführen liess, wird in seinem Standquartier verbleiben. Dr. Georgi konnte bereits zahlreiche Strahlungsmessungen und vollständige Luftdruck-, Feuchtigkeits- und Temperaturregistrierungen vornehmen.

+ + +

Faschistenkultur. Als in Bologna das neue Stadttheater eingeweiht werden sollte, kam es zu einem für das Reich Mussolinis typischen Skandal. Der in der ganzen Welt berühmte Dirigent Toscanini wollte sich aus künstlerischen und allgemeinen Gründen nicht bereit finden, vor Beginn des Festkonzerts die Faschistenhymne zu dirigieren. Mussolinis Faschisten schlugen Toscanini daraufhin unter dem Ruf "Tod für Toscanini! Mussolini wird dich kleinkriegen!" mit der Faust ins Gesicht und verletzten ihn erheblich. Toscanini reiste sofort nach Mailand ab.

+ + +

Auf ein Riff gelaufen. Der niederländische Kreuzer "Sumatra", der im vergangenen Jahre einem vollständigen Umbau unterzogen wurde, ist südlich von Biliten im Indischen Archipel auf ein Riff gelaufen und sitzt mit dem Vorderschiff fest. Verschiedene Schleppboote und zwei Hilfsschiffe der indischen Marine haben sich zur Hilfeleistung an die Unfallstelle begeben.

+ + +

Uralzeff verhaftet. Der russische Schwindler Uralzeff, dessen Prozess in Kürze zu erwarten ist, wurde von der Dresdner Kriminalpolizei wiederum verhaftet, nachdem er vor einiger Zeit aus Gesundheitsrücksichten freigelassen worden war. Im Zusammenhang mit seiner Affäre wurden auch der Dresdner Rechtsanwalt Dr. Türk, der Dresdener Kaufmann Schrade und der Kasseler Rechtsanwalt Steinmetz wieder festgenommen. Angeblich liegt bei allen wegen der zu erwartenden hohen Strafen Fluchtverdacht vor.

+ + +

Freispruch durch Radio. In Kiel wurde ein Angeklagter, der zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden war, von der Revisionsinstanz freigesprochen. Dieser Freispruch ist insofern besonders sensationell, als der Angeklagte im hohen Masse schwerhörig war und der ersten Verhandlung, die zu seiner Verurteilung führte, kaum folgen konnte. Die zweite Verhandlung verlief in dieser Hinsicht deshalb einwandfrei, weil der Kieler Arbeiter-Radiobund sich in dem schon an sich akustisch ungünstigen Schwurgerichtssaal mit Erfolg um die Aufstellung von Mikrofonen und Lautsprechern bemühte und es ermöglichte, dass dem Angeklagten ein verständlicher Kopfhörerempfang ermöglicht wurde.

Gewerkschaftliche Rundschau

Das Spiel an der Ruhr.

Komödie und Tragödie.

SPD. Im Ruhrgebiet hatten die Kommunisten nach ihrer missglückten Bewegung im Januar für den 1. Mai eine neue Aktion angekündigt. Die kommunistischen Zeitungen waren Ende April voll von Streikbeschlüssen, Aufrufen, Kampfausschussgründungen und Sturmplänen. In geheimen Rundschreiben war der Operationsplan bereits festgelegt. Der 1. Mai kam. Der Sturm blieb aber aus. Die Aktion war zunächst auf den 15. Mai vertagt worden. Der 15. Mai kam, und wieder rührte sich nichts. Die grosse Schlacht musste wieder verschoben werden. Sie ist jetzt auf den 1. Juni angesetzt.

Eine Erklärung für diese Komödie gab dieser Tage der Bezirksleiter der RGO des Ruhrgebiets, Saefkow. Er machte auf einer Sitzung des Bezirkskomitees der RGO aus seinem Herzen keine Mördergrube. Er jammerte: Die Streikrüstung der RGO werde bei der Partei nicht mit genügendem Ernst gewürdigt. Die Ursache für diese schlappe Haltung sei der Zweifel der führenden Genossen an der Streikbestimmung der Arbeiter. Sie seien nicht von der politischen Tragweite eines Juni-Kampfes überzeugt. Selbst die Spitzenfunktionäre seien unschlüssig. Vorbereitende Kampfausschüsse würden nicht so, wie es nötig sei, gewählt. Mit hundert Mann Belegschaftsversammlung lasse sich kein Betrieb streikreif machen. Statt dass man in die öffentlichen Belegschaftsversammlungen gehe und sich dort durchsetze, berufe man eine RGO-Konferenz ein und wähle dort einen Kampfausschuss. Das müsse anders werden. Mehr Selbstkritik müsse einsetzen. Zur Kampfvorbereitung reiche die Presse nicht aus. Man müsse ein besonderes Mitteilungsblatt in einer Auflage von 15 000 bis 20 000 Stück herausgeben. Allerdings sei das eine Finanzfrage, und diese sei gar nicht rosig. Zur Besprechung von RGO-Fragen sei eine häufige und schnelle Einberufung von Sitzungen notwendig. Dazu brauche man Geld. Man könne jedoch nicht einmal einen Pfennig Fahrgehalt zahlen. Kein Ortskomitee mit Ausnahme von Essen habe bisher eine a-Conto-Zahlung geleistet. Referenten können nicht zur Verfügung gestellt werden, weil kein Geld da sei. Die Berliner Leitung habe zu einem Wettbewerb in der Durchführung des Sturmplans aufgefordert, allein es fehle der Leitung selbst an revolutionärem Empfinden. Auch unten sei mehr Elan notwendig. Die Nachbarindustriegruppen des Bergbaus dürften sich am 1. Juni nicht damit begnügen, nur Solidaritätsbeschlüsse zu fassen; aktive Solidarität müsse schon am 2. und 3. Streiktag in Erscheinung treten. Ebenso müsse die ganze Erwerbslosenbewegung in den Kampf eingespannt werden. Auch Mieterstreiklosungen müssten in Kürze in konkreter Form herausgegeben werden.

Das Ganze hört sich an wie eine Leichenrede. Ist es so weit? Steht der RGO-Konkurs im Ruhrgebiet schon vor der Tür? Noch verbirgt sich die grosse Pleite der "Revolutionären Gewerkschafts-Opposition" hinter dem Phrasenschwall der kommunistischen Presse, hinter einer betriebsamen Wichtigtuerei allerhand Komitees, Gruppen und Grüppchen. Aber wie lange noch? Viel Lärm und organisatorisch nichts dahinter. Um die Mitläufer zu einem besten Einsatz der Kräfte anzuspornen, wird von den Funktionären bereits offen die Pleite abgekündigt. Die RGO-Organisatoren pfeifen auf dem letzten Loch. Daher der Verzweiflungsschrei Saefkows auf der Sitzung des Ruhr-Bezirkskomitees: "Man spricht wie zu Wänden."

Das RGO-Experiment im Ruhrbergbau wäre schön längst erledigt, wenn nicht

die Krise gerade im rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk so furchtbar niederdrückend auf den Massen lastete. Die Arbeitslosennot, die Feierschichten und die trostlosen Aussichten Tausender von Bergarbeitern, die nicht mehr damit rechnen können, jemals wieder im Bergbau Beschäftigung zu finden - all das drückt gerade im Ruhrgebiet mit doppelter Wucht auf die Seele des Arbeitmenschen. Tagaus, tagein erinnern ihn immer nur die halb oder ganz stillstehenden Betriebe an sein Elend. In vielen anderen Bezirken des Reichs, wo die Not gewiss auch gross ist, hat der Arbeitsmensch wenigstens jetzt in diesen Tagen durch die Natur etwas Ablenkung und Zerstreuung. An der Ruhr fehlt auch das. Das Gefühl der Hoffnungslosigkeit, das die Ruhrbergarbeiterschaft besonders stark niederdrückt, erschwert den Gewerkschaften ausserordentlich die organisatorische und tarifpolitische Arbeit. Die Gewerkschaften erscheinen dem Bergarbeiter vielfach nur als die Apotheker, die ihm die bitteren Pillen der Unternehmung verzuckert zu überreichen haben. Dass das in Wirklichkeit nicht so ist, versteht sich von selbst. Aber man muss sich in die Seele des Bergmanns versetzen, der jetzt nach so vielen Nackenschlägen sieht er auch noch die Knappschafft bedroht, d.h. den Schutz der Existenz im Alter nach einem harten Leben. Das alles macht die Leute verzweifelt und mutlos. Wenn trotzdem die Kommunisten bei den Betriebsrätewahlen keine grösseren Erfolge aufzuweisen hatten, als sie buchen konnten, dann zeugt das sehr stark für den gesunden Sinn der Bergarbeiter. Allein er muss ja verbittert werden, wenn er sieht, dass die Bergbauunternehmer nicht den geringsten ernsthaften Versuch machen, mit den Organisationen zusammen etwas zur Verbesserung der Lage zu tun. Auch nicht ein Zeichen von gutem Willen, sondern nur Reden, wie sie soeben auf der Tagung des Bergbauvereins vom Stapel gelassen wurden - Reden, die dem einfachen Mann an der Ruhr auch den letzten Rest von Glauben an Wirtschaftsführung im deutschen Unternehmertum rauben müssen. Oder werden vielleicht die Langnamleute demnächst in Düsseldorf endlich einmal einen neuen Ton anschlagen?

SPD. Der Belgische Bergarbeiterverband hielt dieser Tage in Brüssel seinen Kongress ab. Auf der Tagung wurde eingehend zu dem internationalen Kohlenproblem Stellung genommen. Der Generalsekretär des belgischen Verbandes Delattre, der auch Sekretär der Bergarbeiter-Internationale ist, wies darauf hin, dass die Haldenbestände in Belgien mehr als 3 1/2 Millionen Tonnen umfasse. Das sei für Belgien eine furchtbare Last. Drastische Hilfsmassnahmen seien notwendig. Die belgischen Bergarbeiter seien wohl grundsätzlich Anhänger des Freihandels, allein sie müssten darauf bestehen, dass der Freihandel von allen loyal angewandt werde. Gegen das Dumping des Auslandes müsse sich Belgien wehren. Deutsche Kohle werde frei nach Belgien eingeführt, während Belgien keine Tonne eigener Kohle nach Deutschland einführen könne. Englische Kohle werde auf dem belgischen Markt um 28 Francs pro Tonne billiger verkauft als in England. Das sei ausgesprochenes Dumping. Die Bemühungen um Abhilfe in internationalem Rahmen müssten demnächst in Genf energisch fortgeführt werden. Bisher habe jedoch Genf versagt, und daher müsse Belgien an Hilfe auch in internationalem Rahmen denken.

Delattre schlug vor, die belgischen Gas- und Elektrizitätsanstalten sowie alle anderen monopolartigen Betriebe anzuhalten, der belgischen Kohle gegenüber der ausländischen bei angemessenen Preisen den Vorrang zu geben. Ebenso forderte er eine Kontingentierung der Kohleneinfuhr.

Eine in diesem Sinne gehaltene Entschliessung wurde vom Kongress angenommen. Von der in Kürze beginnenden Internationalen Arbeitskonferenz erhofft der Kongress eine kräftige internationale Herabsetzung der Arbeitszeit in der Kohlenindustrie.

SPD. Die Rahmentarifverhandlungen für die Gruppe Nordwest der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, die am Freitag in Essen begannen, wurden auf Montag, den 18. Mai, vertagt.

Der Zechenverband hat am Freitag die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. Juni 1931 gekündigt. Als Grund wird die schlechte wirtschaftliche Lage der Zechen angegeben.

SPD. Der Jahreskongress des französischen Grubenarbeiterverbandes begann am Himmelfahrtstag in St. Etienne. Ein besonderer Beschluss schuf die Möglichkeit, den Geschäftsbericht diesmal so gründlich wie nur möglich zu erörtern, um alle Meinungsverschiedenheiten aufzuklären, die im Verband in Verbindung mit der vor kurzem durchgeführten Lohnsenkung entstanden sind.

SPD. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich vor kurzem mit einem Preisausschreiben an die deutsche Hochschuljugend gewandt, um ihr eine Anregung zur Beschäftigung mit Fragen zu geben, die in dem Ideenkreis und Interessengebiet der deutschen Gewerkschaftsbewegung liegen. Wir wollen auf dieses Preisausschreiben noch einmal aufmerksam machen. Es stellt zwei Aufgaben. Die eine lautet: der Meinungsstreit um die Wirtschaftsdemokratie seit dem Hamburger Gewerkschaftskongress und die andere: Wirkung des modernen Arbeitsrechts auf die Rechtsgestaltung der Sozialversicherung. Für jede der beiden Aufgaben stehen drei Preise in Höhe von 1000, 600 und 400 Mark zur Verfügung, wobei es den Preisrichtern frei steht, die Preise nach dem Wert der eingereichten Arbeiten anders zu bemessen. Preisrichter sind für die 1. Aufgabe Prof. Harms-Kiel, Prof. Kuske-Köln und Leipart, der Vorsitzende des ADGB; er ist neben Prof. Dersch-Berlin und Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium auch Preisrichter für die zweite Frage.

SPD. Die Internationale Union der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten hält in der Zeit vom 19. bis 21. Mai in Paris ihre 6. Konferenz ab. Von den 19 Organisationen mit 75 000 Mitgliedern, die zur Zeit der Internationalen Union angeschlossen sind, werden nach den bisherigen Anmeldungen 12 Organisationen mit rund 72 000 Mitgliedern in 10 Ländern durch 28 Delegierte vertreten sein, woraus schon ersichtlich ist, dass nur die kleineren Organisationen von einer Beschickung der Konferenz Abstand nehmen mussten. Ferner haben je einen Vertreter angemeldet: der Internationale Gewerkschaftsbund und das Internationale Arbeitsamt.

Die Konferenz wird sich besonders eingehend mit der Zulassung und Kontrolle ausländischer Arbeitskräfte befassen, wobei sich die Delegierten sicher freundschaftlich verständigen werden, obgleich man ja in gewissen Kreisen recht gern recht viele ausländische Gäste, aber nur ja keine ausländischen Kellner und Köche haben möchte. Ferner wird die Frage der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung für das Gastwirtsgewerbe auf der Konferenz behandelt werden. Hierzu liegt ein überaus reichhaltiges Material vor. Die Delegierten dürften sich darin einig sein, dass grundsätzlich das gesetzliche Verbot der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung zu fordern ist. Die deutschen Delegierten werden in der angenehmen Lage sein, berichten zu können, dass dieses Verbot in Deutschland ab 1. Juli besteht.



Die neue Diskontsenkungswelle.

SPD. Nachdem vor einer Woche New York den Diskontsatz von 2 auf $1\frac{1}{2}$ % gesenkt hatte, folgt jetzt London mit einer gleichfalls halbprozentigen Senkung - von 3 auf $2\frac{1}{2}$ % - nach. Der amerikanische Satz ist eine in der hochkapitalistischen Wirtschaft noch nicht dagewesene Sensation, der englische Satz war das letzte Mal im Jahre 1909 in Kraft.

Die Herabsetzung des amerikanischen Diskontos war vorauszusehen gewesen; das Notenbundesamt folgte damit nur einer Bewegung, die von der Wirtschaft selbst bereits vorgezeichnet war. Denn in den Tagen vor der Diskontsenkung standen die amerikanischen Börsensätze bereits auf $1\frac{3}{8}$ %. Die englische Diskontsenkung hingegen kam etwas überraschend; denn es war die Rede davon gewesen, dass Norman, der Präsident der Bank von England, bei seinem Besuch in Amerika auf eine Senkung des amerikanischen Diskontsatzes hingearbeitet habe und zwar zu dem Zweck, um den französischen Goldstrom, der sich allmählich doch in Bewegung setzt, von Amerika, wohin er sich bis jetzt richtet, nach England umzuleiten. Diese Absicht wäre gelungen, wenn nach New York Frankreich mit der Diskontsenkung gefolgt wäre. Statt dessen ist aber England vorangegangen und Frankreich hält vorläufig noch immer an seinem Satz von 2 % fest. Es ist dringlich zu hoffen, dass sich nunmehr auch Frankreich zur Diskontsenkung entschliesst, damit die weltwirtschaftliche Auswirkung der amerikanischen und englischen Diskontsenkung nicht gestört wird.

Es gibt keinen schlagenderen Beweis für die Unsinnigkeit der nationalsozialistischen Phrase, von der Zinsknechtschaft - mit der die Nationalsozialisten die Empörung von der wirklich bestehenden kapitalistischen Profitknechtschaft ablenken wollen - als die gegenwärtige Lage der Wirtschaft. Nach der Theorie der Nationalsozialisten müsste jede Senkung der Zinssätze den Druck der Knechtschaft lockern. In Wirklichkeit ist aber die Zinssenkung der Ausdruck einer Verschärfung des Drucks der kapitalistischen Wirtschaft, da sie die Frucht einer lang andauernden Wirtschaftskrise ist. Nur weil die Wirtschaftskrise heute in der Welt schwerer ist als je zuvor, wurde ein Tiefstand der Zinssätze erreicht, wie er nie zuvor oder nur ganz selten bekannt wurde. Freilich erhofft man sich andererseits von der Ermässigung der Zinssätze eine gewisse Belebung der Wirtschaft - da eben ihre Zinskosten sinken -, aber man darf diese Hoffnung leider nicht allzu hoch schrauben. Denn es hat sich bei der letzten Diskontsenkungswelle am Jahresende, die die Diskontsätze in New York, Paris und einigen anderen Ländern auf 2 % brachte, gezeigt, dass die konjunkturbelebende Wirkung, die man sich davon versprach, bis jetzt noch nicht eingetreten ist.

Mit der gegenwärtigen Diskontsenkung in New York und London, der Paris hoffentlich bald folgen wird, wird die Spanne zwischen den deutschen Zinssätzen und den Sätzen der führenden Länder weiter erhöht. Man erinnere sich daran, dass damals, als die Reichsbank, gezwungen durch die Naziwahlen, ihren Diskontsatz von 4 auf 5 % erhöhte, der amerikanische Banksatz noch auf $2\frac{1}{2}$ % und der englische auf 3 % stand. Während also zur Zeit der Reichstagswahlen die Zinsspanne zwischen Berlin und New York $1\frac{1}{2}$ % und zwischen Berlin und London 2 % betrug, ist sie heute auf $3\frac{1}{2}$ bzw. $2\frac{1}{2}$ % angewachsen. Die Frage liegt deshalb nahe, ob nicht jetzt endlich, nachdem der faschistische Ansturm fürs er=

ste abgeschlagen und eine gewisse Beruhigung in Deutschland wieder eingekehrt ist, die Reichsbank wieder von ihrem äusserst hohen Diskontsatz heruntergehen könnte?

Dass die deutsche Wirtschaft durch eine Diskontsenkung eine gewisse Erleichterung erfahren würde, steht ausser Frage. Denn zum Unterschied von den westlichen Ländern stehen heute die Geldsätze in Deutschland trotz der langandauernden Krise noch immer so hoch, dass die Erleichterung, die von niedrigen Zinssätzen auszugehen pflegt, hier gar nicht spürbar werden kann. Es bedeutet eben doch viel mehr, wenn der herrschende Zinssatz von 5 auf 4 %, als wenn er von $2\frac{1}{2}$ % auf 1 % gesenkt wird. Leider standen aber der Diskontsenkung in Deutschland bis jetzt noch immer Hindernisse entgegen. Diese Hindernisse sind in der Lage der öffentlichen Finanzen zu erblicken, die die öffentlichen Körperschaften auf den Geldmarkt drängt. Und wie unergiebig der deutsche Geldmarkt noch immer trotz der hohen Zinssätze ist, dafür brachte das unbefriedigende Ergebnis der Auflegung der Postschatzanweisungen den Beweis. Andererseits hat sich aber mit der Senkung der Diskontsätze in New York und London die Zinsspanne zwischen Deutschland und den westlichen Ländern so weit erhöht, dass der Geldstrom aus dem Ausland nach Deutschland durch den Anschluss Deutschlands an die westlichen Diskontsenkungen nicht gestört werden würde.

SPD. Das Institut für Konjunkturforschung verzeichnet in bezug auf den gegenwärtigen Stand der Wirtschaftstätigkeit Ergebnisse, die es angeraten erscheinen lassen, nicht allzugrosse Hoffnungen an die Wirtschaftsentwicklung zu knüpfen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, sich stärker auf die Krise einzustellen, was besonders für die Verkürzung der Arbeitszeit gelten dürfte.

Trotz Rückgangs der Arbeitslosigkeit (bis Ende April 1931 um 602 000 gegenüber 579 000 Ende April 1930) und der Zunahme des Verkehrs (die Wagengestellung der Reichsbahn steigerte sich gegenüber dem Tiefstand im Februar um 10 %) seien in der Produktion, so stellt das Institut fest, konjunkturelle Auftriebsmomente bisher nicht zu beobachten. Die Kohlenförderung, die Koksge-
winnung, die Produktion von Metallwalzwerkserzeugnissen, Baustoffen und Kali seien konjunkturell weiter gesunken. Die Produktionssteigerung der Automobilindustrie dürfte saisonmässig bedingt sein. Dagegen habe die Produktion von Rohstahl und Walzwerkserzeugnissen so wie die Beschäftigung im Maschinenbau seit mehreren Monaten keine Abschwächung mehr erlebt. In der Textilindustrie ist die Produktion sogar mehr als saisonmässig gestiegen, was allerdings auf eine einmalige Vorratsdisposition, auf das Bestreben zurückzuführen sei, die stärker gelichteten Läger aufzufüllen.

Der Index des industriellen Auftragseingangs sei abwärts gerichtet, wegen die Emissionsziffern, die immerhin Kapitalsdisposition der Unternehmer auf Grund beabsichtigter Produktionsmassnahmen anzeigen, zugenommen hätte. Doch ist die Zunahme zu gering, um als konjunktursymptomatisch bedeutsam angesprochen zu werden. Daraus wird gefolgert, dass Produktion und Beschäftigung in unmittelbarer Zukunft, d.h. also während der nächsten 3 bis 4 Monate, sich konjunkturell auf tiefem Stand halten werden.

Auch die Verfassung der Kreditmärkte dürfte nach Auffassung des Konjunkturforschungsinstituts eine wesentliche Ausdehnung des Produktions- und Umsatzvolumen vorerst unwahrscheinlich machen. Die Aussichten dafür, dass Kapitalimporte diese Einengung lockern, seien zunächst gering. Andererseits müsse berücksichtigt werden, dass unter Einfluss der sinkenden Preise die Nachfrage viel stärker geschrumpft sei als der Bedarf. Das habe zu einer starken Bedarfsstauung geführt. Das könne natürlich keinen Konjunkturaufschwung entfachen. Es ergäben sich aber dadurch Gegengewichte gegen depressive Kräfte.

SPD. Der Harpenkonzern, dem der bekannte Kohlenindustrielle Dr. Paul Silverberg vorsteht, lässt seine Dividende (im Vorjahr 6 %) in diesem Jahr ausfallen. Selbst bei Verminderung der Abschreibungen von 12,40 Millionen auf etwa 7,15 Millionen ergibt sich eine Verminderung des Reingewinns von 6,4 Millionen auf 180 000 Mark. Darin spiegelt sich deutlich die Krise im Kohlenbergbau wider.

Die Bilanz von Harpen bietet Anlass zu einer grundsätzlichen Betrachtung und der Geschäftsbericht hat diese Veranlassung wahrgenommen. Zunächst zeigt sich eine Steigerung der Anlagewerte um fast 19 Millionen auf 161 Millionen. Mit Recht kann Harpen im Geschäftsbericht von sich behaupten, dass es hinsichtlich der Rationalisierung von keinem anderen Konzern übertroffen wird. Was nützt aber die ganze Wirtschaftlichkeit, wenn z.B. bei Harpen die Kohlenförderung von 8,04 Millionen Tonnen auf 6,75 Millionen Tonnen zurückgegangen ist, wobei man noch berücksichtigen muss, dass starke Bestände auf Halde gestürzt wurden. Das bedingte eine stärkere Steigerung der Vorräte. Aus diesem Zwiespalt zwischen Kapazität und Absatzmangel sucht der Geschäftsbericht einen Ausweg und kommt zu dem Schluss, dass es für den Ruhrbergbau das beste wäre, die freie Wirtschaft in vollem Umfang wieder herzustellen. Wir wissen nicht, wie die freie Wirtschaft sich in den Silverberg'schen Plänen widerspiegelt: wir wissen vor allen Dingen nicht, ob Silverberg darunter nicht nur die Lösung der Bindungen aus dem Kohlenwirtschaftsgesetz versteht und im übrigen die freie Wirtschaft so auslegt, dass in Zukunft ein Kohlentrust in Westfalen die Dinge schmeissen wird. Daran hat die Allgemeinheit kein Interesse und somit kann auch die technische Krise, die Krise der Kapazität, nicht gelöst werden. Festzustellen ist, dass im Ruhrbergbau fürs erste die Rationalisierung auf die Spitze getrieben worden ist. Weiter geht es vorerst nicht. Das wird eine technische Atempause und eine Entlastung in den Selbstkosten bringen und wird einen Weg aus der Selbstkostenkrise zeigen. Diese Entwicklung wird den Ruhrbergbau in der nächsten Zukunft beherrschen. Das ist auch ein Weg, der begangen werden kann, wobei man die Opfer einer vernünftigen Anpassung der Kapazität an den Bedarf selbstverständlich nicht scheuen darf. Der von Silverberg aber vorgeschlagene Weg der sogenannten freien Wirtschaft wäre ein Kampf aller gegen alle im Ruhrbergbau. Aus allgemein wirtschaftlichen Erwägungen muss dieser Gedanke abgelehnt werden.

SPD. Das am Freitag erschienene erste Maiheft von "Wirtschaft und Statistik" (herausgegeben vom Statistischen Reichsamt) muss in Erstaunen setzen. Man hat so viel über Brotpreiserhöhung geredet. Die Statistik des Reichsamts über die Brotpreisbewegung im Monat April weist aber nur Brotpreiserhöhungen in einigen Städten nach, so für Berlin (immer pro Kilogramm) von 36 auf 38 Pfennige, für Hamburg von 38 auf 39, für Breslau von 32 auf 34, für Dortmund von 36 auf 38 und schliesslich für Lübeck von 44 auf 45 Pfennige. Auf Grund dieser Statistik hat der Reichs ernährungsminister Schiele gefolgert, dass der Brotpreis im April unter dem Stand des letzten halben Jahres gelegen habe, womit sich Massnahmen gegen die Brotpreiserhöhung, wie sie der Minister in Berlin eingeleitet hat, erübrigten.

Das Reichsstatistische Amt kommentiert seine Brotpreisstatistik wie folgt: "In 13 Erhebungsgemeinden sind die Preise für Roggen-, Grau-, Misch- und Schwarzbrot heraufgesetzt worden; im Reichsdurchschnitt betrug die Erhöhung 1,7 % gegen den Vormonat. Im Vergleich zum Durchschnittspreis für die Monate Oktober 1930 bis März 1931 ist der Preis im Durchschnitt des Monats April 1931 um 0,4 % niedriger."

Das ist ja allerliebste und wir müssen ganz energisch Protest dagegen erheben, wie die Statistik umgebogen wird. Zuzugeben ist, dass der Durchschnittspreis im April gegenüber dem Durchschnittspreis in der Zeit von Oktober 1930

bis März 1931 um 0,4 % niedriger ist. Jeder weiss aber, dass die Brotpreiserhöhungen erst im letzten Drittel des Monats April erfolgt sind. Auch jetzt treffen täglich Meldungen über weitere Brotpreiserhöhungen ein. Das aber nur nebenbei. Nimmt man nun den Gesamtmonatsdurchschnitt, so ergibt sich zweifellos von der erfolgten Brotteuerung ein unrichtiges Bild. Das lässt sich zahlenmässig belegen. Wir stellen im Gegensatz zum Statistischen Reichsamt fest, dass Ende April in folgenden Städten der Brotpreis höher war als der Durchschnittspreis der Monate Oktober 1930 bis März 1931:

	Ende April 1931 (Brotpreis pro Kilogramm in Pfennigen)	Durchschnitts= preis Okt.1930 bis März 1931	Abweichung vom Durchschnitts= preis
Königsberg	40	36,2	- 3,8
Stettin	37	35,5	- 1,5
Lübeck	45,4	43,5	- 1,9
Altona	40	38	- 2
Hamburg	38,7	37	- 1,7
Breslau	34	32	- 2
Leipzig	36	34	- 2
Halle	37,3	35,3	- 2
Magdeburg	36,5	34	- 2,5
Braunschweig	36	35,5	- 0,5
Erfurt	34	33,2	- 0,8
Hannover	34,6	34	- 0,6
Göttingen	35	33	- 2
Kassel	33	31,5	- 1,5
Hagen	40	37	- 3
Duisburg	48	46	- 2
Krefeld	32	30	- 2
Düsseldorf	50	49,5	- 0,5
Elberfeld=Barmen	51,5	30,3	- 1,2
Köln	49,1	48,3	- 0,8
Frankfurt a/M.	41	43,1	- 0,9

Damit ist wohl klar, dass man aus der Arbeit des Reichsstatistischen Amtes für die Massnahmen auf dem Brotmarkt keine Schlüsse ziehen kann. Notwendig ist deshalb, dass das Reichsamt der Öffentlichkeit nicht nur die Brotpreisverhältnisse aus einer kleinen Reihe von Städten mitteilt, sondern dass das Amt alle 14 Tage die Brotpreisverhältnisse in sämtlichen Städten, die überhaupt Kleinhandelspreise statistisch erfassen, veröffentlicht. Vor allen Dingen darf nicht von dem schematischen Monatsdurchschnitt ausgegangen werden, sondern von einem Stichtag. Dadurch ergibt sich überhaupt erst ein brauchbares Ergebnis. Wird nicht in dieser Weise verfahren, so hat die gesetzliche Bestimmung, dass die Reichsregierung verpflichtet ist, eine Erhöhung des Brotpreises über den Durchschnittspreis der Monate Oktober bis März vorzubeugen, gar keinen Sinn.

Der Reichsernährungsminister müsste für eine solche Statistik überaus dankbar sein; denn diese Statistik ist die beste Brotpreiskontrolle. Hoffentlich wird man das auch im Statistischen Reichsamt einsehen.

SPD. Seitdem die Regierung verbilligten Roggen an die Berliner Mühlen abgibt, lassen sich an der Berliner Produktenbörse recht interessante Erscheinungen feststellen. Der Stützungsroggen der Regierung kostet den Berliner Mühlen alles in allem etwa 200 Mark je Tonne. Nehmen dieselben Mühlen den Roggen aus dem freien Markt, so ergibt sich etwa ein Preis von 205 Mark (Marktnotiz von 195 bis 196 Mark + 10 Mark Fracht). Die Preise gelten für schwimmende Ware. Die Folge dieser Preisbewegung ist, dass Roggen in Berlin so gut wie gar nicht mehr gehandelt wird. Der Roggen läuft in Deutschland spazieren und sucht den teuersten Preis. Den findet er beispielsweise in Mitteldeutschland, wo Preise von 215 und 220 Mark gezahlt werden. Unter normalen Verhältnissen wäre das so entstehende grössere Angebot nur zu begrüssen. Es müsste auf den Preis drücken. Bei den gegenwärtigen anormalen Verhältnissen, bei dem ausgesprochenen Roggenmangel, kann es aber kein so starkes Angebot geben, das eine Preisermässigung für Roggen bedingt. Das Spazierergehen des Roggens ist also die Ausnutzung einer Notlage und geht auf Kosten der Brotverbraucher.

Die Dinge sind so weit gediehen, dass der Reichsernährungsminister eingreifen muss. Der Minister ist mit Hilfe des Stützungsroggens durchaus in der Lage, für die kritischen nächsten 6 Wochen den stärksten Druck auf Mühlen und Bäcker auszuüben. Die dazu erforderlichen Roggenmengen dürften auch weit geringer sein, als man gemeinhin annimmt. Wir wollen damit sagen, dass die Zeit gekommen ist, die sich in der Hand der Regierung berindlichen Roggenmengen planmässig gegen die Spaziergänge des freien Roggens einzusetzen.

Zunächst wird das wohl für Mitteldeutschland, insbesondere für Magdeburg, Halle, Leipzig, Chemnitz, Dresden usw. erforderlich sein. Das ganze Gebiet hat nach verhältnismässig billigen Brotpreisen eine starke Brotpreiserhöhung schlucken müssen. Dazu haben sich die wahnsinnig hohen Roggenpreise eingestellt, die abermals die Brotpreise treiben müssen, wenn nicht eingegriffen wird. Ein Eingreifen ist auch im Gebiet der Untereifel, an der Waterkante, erforderlich, wo die Dinge ohne Zweifel mit ganz geringen Einsatzmengen zu meistern sein werden. Im zweitwichtigsten Gebiet, dem Gebiet an der Rheinstrasse und im westfälischen Industriegebiet, sind es besonders die hohen Brotpreise und die hohen Bäckerspannen, die das Einsetzen von Stützungsbeständen fordern. Man kann annehmen, dass ein planmässiges Einsetzen der Stützungsbestände ausserhalb Berlins, vorerst mal in Mitteldeutschland, an der Untereifel, am Rhein und im westfälischen Industriegebiet, den Roggenmarkt stark entlasten und die Spannen normalisieren wird.

SPD. Der Aussenhandel der Welt im Jahre 1930 - erfasst sind 48 Länder, die wohl 7/8 des gesamten Welthandels darstellen dürften - wird mit 203,7 Milliarden Mark (107,3 Milliarden Einfuhr und 96,4 Milliarden Ausfuhr) angegeben. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 19,6 %. Man muss aber hier die Preisermässigung, besonders bei den Rohstoffen und bei den Exportfertigwaren, einsetzen. Berücksichtigt man die Preisentwicklung, so blieb der Welthandel mengenmässig um 7 bis 9 % hinter dem im Jahre 1929 zurück.

Die europäischen Länder zeigen wertmässig einen Rückgang von nur 14,5 %, und zwar liegen bei den europäischen Ländern die Dinge so, dass die Einfuhr wertmässig beträchtlich mehr gesunken ist als die Ausfuhr. Weiter zeigt sich, dass der Anteil der europäischen Länder am Welthandel zugenommen hat. Damit setzt sich eine Entwicklung, die schon 1927 begonnen hat, fort.

Neue Tiefpunkte.

(Börsenbericht für die Woche vom 11. Bis 16. Mai.)

SPD. Berlin, den 16. Mai 1931

Mit der Aufwertungshausse ist es gründlich vorbei. Die Börse zeigte ein allgemeines und starkes Absinken. Eine ganze Reihe von Papieren erreichte den Tiefstand vor der Aufwertungshausse. Nur einzelne Papiere machen eine Ausnahme. Dazu gehören Oberschlesische Montanwerte. So zog z.B. gegen Ende der Woche Laurahütte an.

Das Ereignis der Woche schien die Diskontsenkung in New York zu sein. An der Börse erwartete man davon auch günstige Rückwirkungen. Diese sind aber nicht eingetreten. Die günstige Nachricht von der New Yorker Diskontsenkung wurde schon paralisiert durch Gerüchte über Bereinigungen und Fusionen im New Yorker Bankgewerbe. Dass es hier zu Uebersetzungen gekommen ist, dürfte auf der Hand liegen und dass die Uebersetzungen Bereinigungen notwendig machen, ist eben so klar. Die schlimmsten Nachrichten sind allerdings aus New York demontiert worden. Vorläufig scheint die Angelegenheit zu schweben. Die Börse war aber der Einwirkung anderer Faktoren ausgesetzt, um das günstig auszulegen. Dazu gehört die Pleite der Wiener Creditanstalt. Nun ist der Wiener Markt materiell nicht besonders stark mit dem Berliner Markt verbunden. Es ergeben sich aber gewisse massen ideelle Beziehungen. Wie Oesterreich ist Deutschland der grösste Kreditnehmer auf den Geldmärkten. Der schlechte Eindruck, den die Wiener Pleite macht, muss natürlich auf den grösseren Kreditnehmer, Deutschland, abfärben. Das ist besonders der Fall, weil man sich z.B. in Amerika über das Verhältnis von Deutschland und Oesterreich nicht besonders klar ist und dass man sehr oft dazu neigt, beide als dasselbe anzusehen. Von den Wiener Ereignissen gingen besonders stimmungsmässig ungünstige Auswirkungen aus. Nach derselben Richtung wirkten die Pariser Ereignisse, die Nichtwahl Briands. Alle diese Faktoren waren so stark, dass die Aufnahme der Berliner Anleihe (Bewagsanierung) nichts zu besagen hatte. Auch die Diskontsenkung in London verblasste dagegen völlig. Gerade am Tag des Bekanntwerdens der Londoner Diskontsenkung setzte in Berlin ein starker Kursabschlag ein, der anscheinend noch lange nicht zuende ist.

Stark gelitten haben Kaliwerte. Betroffen wurde hier Salzdettfurth, aber auch Aschersleben und Westeregeln gaben am Freitag 4 bis 6 Punkte nach. Im selben Ausmass gab es Kursabschläge auf dem Elektromarkt. Hier waren besonders die Bergmannaktien die Leidtragenden. Gesfürel verloren 4 Punkte, I.G. Farben büssten etwa 3 Punkte ein. Ein besonderes Kapitel sind die Warenhausaktien. Es gab Abschlüge bei Karstadt, die im Mittelpunkt der Erörterungen stehen, und bei Tietz. Bankaktien waren durchweg rückgängig. Auch Montanwerte stehen unter Druck. Eine Ausnahme machte hier am Schluss der Woche, wie bereits erwähnt, Laurahütte.

SPD. Wie das Reichsstatistische Amt mitteilt, sind im Monat März 1931 in den deutschen Gross- und Mittelstädten rund neue 6 900 Wohnungen gebaut worden. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat, dem Februar 1931, eine Verringerung um 14 % und gegenüber dem März 1930 eine Verringerung von 59 %. Insgesamt wurden in den drei ersten Monaten des laufenden Jahres 25 500 Neuwohnungen gebaut. Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1930 ergibt sich eine Verringerung um 42 %.

Roggen auf Schleichwegen.

(Berliner Getreidebörse vom 15. Mai.)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse zeigten sich bei der Eröffnung am Freitag nur wenig Veränderungen. Lediglich Weizen zur Mailieferung zog im Preise an, da sich stärkeres Deckungsbedürfnis bemerkbar machte. Im Verlauf der Börse konnten sich die meisten Sichten beider Brotgetreidearten leicht befestigen. Im Handel mit effektiver Ware hat sich die Lage nicht geändert. Es herrschte keinerlei Unternehmungslust und Nachfrage; auch das Angebot blieb für Roggen und Weizen gleich klein. Die Notierungen waren nominell wenig verändert. Es scheint, dass der grösste Teil des noch vorhandenen Roggens unter Umgehung des Berliner Marktes direkt bei den Provinzmühlen abgesetzt wird. Auch das Mehlgeschäft stagniert weiter. Die Mühlen stellen unveränderte Forderungen, sind jedoch zur Nachgiebigkeit bereit, falls sich ein Käufer findet, was allerdings nur selten der Fall ist. Auch Hafer neigte zur Schwäche.

	<u>13. Mai</u>	<u>15. Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	285 - 287
Roggen	194 - 196	195 - 196
Futter- und Industrieroggen	230 - 244	230 - 244
Hafer	197½ - 201½	196 - 200
Weizenmehl	33,50 - 39,50	33,50 - 39,25
Roggenmehl	26,75 - 28,50	26,75 - 28,50
Weizenkleie	14,50 - 15,00	14,75 - 15,25
Roggenkleie	14,75 - 15,00	14,75 - 15,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 300 und Brief (Vortag 298), Juli 299¼ - 300¼ (299½), September 252 (252). Roggen Mai 205¼ (204¼), Juli 202½ - 203 (202½), September 192½ (192). Hafer Juli 208-207½ Brief (209¼), September - (180).

Berliner Viehmarkt.

(15. Mai)

SPD. Am Berliner Viehmarkt gab es am Freitag Preisbewegungen grösseren Ausmasses (bis 4 und 5 Pfennige pro Pfund Lebendgericht), die aber durchweg auf markttechnische Ursachen zurückzuführen sind. Der Schweine- und Kälbermarkt waren nicht genügend beschickt. Hier ergaben sich stärkere Preisaufschläge. Bei den Schweinen profitierten besonders die Tiere zwischen 120 und 200 Pfund. Auf dem Kälbermarkt betrug die bewilligten Mehrforderungen rund 5 Pfennige. Die Abschlüsse auf dem Hammelmarkt sind recht beträchtlich (bis 3 Pfennige).

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 32 - 37 (voriger Markt 33 - 38), b) 27 - 31 (28 - 32), c) 22 - 26 (23 - 26), d) 18 - 20 (18 - 22). Kälber: a) - (-), b) 70 - 78 (65 - 77), c) 52 - 68 (48 - 65), d) 35 - 50 (33 - 45). Schweine: a) (über 300 Pfund) 47-48 (45 - 46), b) (240-300 Pfd.) 47 - 48 (45 - 46), c) (200-240 Pfd.) 47-48 (44 - 45), d) (160-200 Pfd.) 45 - 46 (41 - 44), e) (120-160 Pfd.) 42 - 43 (38 - 40), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 43 (41).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 15. Mai 1931.

Bergfahrt.

SPD. Tatenlos und gelangweilt lümmelten wir am Wilsonkai in Genf, als schuchterne Sonnenstrahlenbündel durch die Decke regenschwerer Wolken brachen. Neckisch tanzten glitzernde Lichtspritzer über die krausen Wellen des Sees. Irrendwo im Wasserdunste tutete der von Montreux kommende Dampfer. Hinter uns brandete der Verkehr der internationalsten Stadt des Kontinents mit einem Male leichter und bedächtiger. Drei Tage waren wir nun schon überflüssigerweise in der Stadt des Völkerbundes und warteten auf besseres Wetter, um nach Savoyen einzudringen. Die harten Pritschen und die stickige Luft in den Schlafsälen der Heilsarmee hatten wir gründlich satt. Tag um Tag war es das gleiche: um sechs aus dem Asyle fort, dann Stunden in einer Kellerkneipe, Mittags in den Küchen der Riesenhotels nach Brocken schnorren und bis zum Abend unter Baldachinen am Wilsonkai sitzen und grübeln.

Jetzt aber war die Sonne da!.... Plotzlich zerriss der Wolkenvorhang. Das Bild der Berge Europas stand vor uns auf!... Gletscher wuchteten aus zackigen Gipfelblöcken, Grate stiegen rhythmisch in den blauen Himmel. Sonne zitterte über Schründe und klaffende Täler. In der Mitte wies ein breiter Strich den Weg zu den Höhen. Mit einem Male hatten wir es eilig. In die Berge wollten wir... In den frühen Nachmittagsstunden - es war Sonnabend - standen wir im französischen Bahnhof, Fahrkarte nach Cluses, dem Einfallstor ins Tal von Chamonix. Dann fuhren wir in den dämmerigen Abend auf weichen Polstern ins französische Land hinüber. Noch vor Roche de la Fort, einer kleinen Stadt in breitem Talkessel, siegte die Dunkelheit über den Tag. Bald radebrechten wir mit unsern Fahrtgenossen. Es waren Naturfreunde, Angehörige der grossen internationalen Organisation. Einer, ein Deutsch-Schweizer, ein Drucker aus Genf, lud uns kurzerhand ein, mit ihnen das Wochenende auf einer Bergfahrt zu verleben. Sprechen könnten wir zwar nicht viel miteinander, doch er verspreche sich viel von einer gemeinsamen Bergfahrt. Binde uns doch das Band unsrer Idee! Wir sollten nur mittun. Alles weitere würde sich finden. Gern sagten wir zu. Darauf stellte er uns die neuen Kameraden vor, einen Französisch-Schweizer, zwei Franzosen aus Lyon, einen Italiener aus Grenoble und einen Polen, der in Aix les bains seinem Tagewerk nachging. Es muss gleich gesagt werden: wir vertrugen uns ausgezeichnet. Wir haben uns unterhalten und geneckt mit Gesten und Mienenspiel wie Taubstumme. Rührend war die Kameradschaft der anderen. Sie waren die Gebenden, wir die Nehmenden. Diese Bergfahrt hat uns mehr Gewinn gebracht denn alle zuvor....

In stockdunklem Abend kletterten wir in einem verlassenen Bahnhof aus dem Zuge und in einen vorsintflutlichen Omnibus hinein. Wir wurden zusammengepresst wie die Heringe. Auf dem Dache hockten Bergfahrer. Pfeifend ratterte der Wagen los. Dieweilen goss es vom Himmel herunter wie mit Kübeln. Blitz auf Blitz zuckte auf. In grossartigen Kehren ging es in waghalsigem Tempo eine schmale Strasse bergan. Zwischen den Blitzen öffnete sich dem Auge ein grosses, unvergessliches Landschaftsbild: Tiefe graue und schwarze Täler. Leuchtende Punkte darin, Dörfer und Weiler. Dann helle Silhouetten kantiger Berg Rücken. Und Firnengipfel!... Wir waren aufgefallen in unsrer jugendbündlerischen Kleidung. Als unsre Kameraden erklärten: "Allemands" ("Deutsche"), da

klatschte jemand und sagte "Bravo!" In diesem "Bravo" lag Freude und Anerkennung.

Noch immer regnete es, als wir an unserm Ziel, einem Hochsavoyer Bergbauernnest, anlangten. Beim Scheine rauchender Petroleumlampen gossen wir in die Magen guten französischen Kaffee und füllten eine vorzügliche Eierspeise nach. Plötzlich schlug jemand auf dem Piano die Marseillaise an. Kaum waren die letzten Töne verklungen, da krachte wuchtig die Internationale durch den Raum. Alle sangen stehend mit.

Nach Stunden stiegen wir einen wilden Tobel aufwärts über Moränenfelder und schlammige Wiesen nach den Höhen im Schnee. An den ersten Almhütten rasteten wir. Dann stapften wir durch Schnee und Schlicker aufwärts nach einer armseligen Schafalm, dem Wochenendquartier unsrer französischen Kameraden. Lange unterhielten wir uns mit Hilfe des Deutschschweizers über die Lage des Proletariats in unseren Heimatländern, über den Fortschritt des sozialistischen Gedankens und über die drohende faschistische Gefahr in Polen und Deutschland. Lange nach Mitternacht suchten wir die bescheidenen Lagerstätten auf. Wir Gäste schliefen auf Wunsch unsrer Gastgeber in Betten auf Stroh, während sie sich auf den morschen Brettern des Fussbodens lang legten.

Schon im fahlen Morgendämmern stiegen wir wieder über schütterere Felstrümmen empor, einem spitzen, überhängenden Gipfel zu, der drohend noch weit über 1000 Meter über uns fast lotrecht aufstieg zu kühner Pyramide. Seine Klanken waren eisgepanzert scharf. Von oben herab bis zum Sattel des Nebenberges zog sich ein gratiger Firnenrand, der in schartigen Klüften in die Tiefe fiel. Grau und unnahbar waren die glatten Mauern seiner Wände, an denen sich das werdende Tageslicht schemenhaft spiegelte. Ein Wind bliess uns zausend ins Haar. Nebelfetzen sperren bisweilen den Weg. Steine wurden polternd von oben in die Tobel geworfen. Eine Gemse sprang pfeifend über uns in Zirbelgebüsche. Schon kämpfen wir seilverbunden um den Berg. Alle unsre Sinne wurden angestrengt. Trat nur einer fehl, so konnte es zum Unheil aller werden. Schweigsam griffen wir in das Gestein. Gegen Mittag war der Berg unser. Vor uns lag ausgebreitet wie das monumentale Bildwerk eines genialen Künstlers der Berg der europäischen Berge, der gewaltige Mont Blanc! Hinter ihm zackten seine Trabanten wie Gnomen auf. Die ewigen Eisfelder gleissten im Sonnenbrand. Tief unter uns lag wie hingekleckst der Flecken Cluses, während das Auge rückwärts schweifend bis hin zu den grünen Sätteln der Savoyer Bergwelt bei Grenoble sah. Zwischen zwei Sätteln zeigte sich ein blauer Zipfel des Genfer Sees. Weiter hinten dräuten unter einem Wolkenmeer die weissen Wände des französischen Jura. Ein grosser Raubvogel strich in weiten Kreisen unter uns über einer nur ihm sichtbaren Beute. ...

Eisiger Wind trieb uns zum Abstieg. Stehend fuhren wir jauchzend breite Schneeferner ab und stampften dann über kahle Hochflächen nach einer Bergwirtschaft, wo sich unsere Wege trennten. Die Kameraden stiegen ab zum Bahnhof, um nach ihren Arbeitsplätzen zu fahren. Wir aber liessen uns treiben, neuem Erleben zu.....

Herbert Reinhold.

Im frommen Spanien.^x

SPD. Die nachfolgenden Reiseeindrücke stammen noch aus der Zeit der spanischen Monarchie. Sie sind jedoch so charakteristisch für das spanische Volkstum, dass sie auch angesichts der jüngsten Ereignisse in Spanien ihre Aktualität behalten.

Religion.

Fromm sind die Spanier; das lässt sich nicht bestreiten, wenigstens, wenn man seinen Masstab an den Besuch der Kirchen und an die Beteiligung an den vielen Prozessionen legt. Doch sitzt ihre Religion anscheinend nicht sehr tief. Und ein bisschen Spass und Klamauk muss immer mit der Geschichte verbunden

sein. Die Kirche, anpassungsfähig, kommt diesem Verlangen des Volkes entgegen und lässt ihm allerlei Freiheiten.

Namenstage von Heiligen sind kirchliche Feiertage und, wie in allen katholischen Ländern, sehr häufig. Sie werden zu Volksfesten gestaltet, an denen es hoch hergeht.

Vorabend des Festes, das zu Ehren von Mariä Himmelfahrt abgehalten wird. Die ganze Stadt ist prächtig geschmückt. Ueberall Fahnen und Fähnchen, bunte Tücher, Girlanden, Blumen. An verschiedenen Stellen sind allegorische Gruppen aufgestellt, die in witziger und origineller Weise irgendwelche Vorgänge aus dem örtlichen Leben darstellen und viel bestaunt und belacht werden. Einige uniformierte Musikkapellen konzertieren an den öffentlichen Plätzen vor grossen Zuhörermengen und unter lärmendem Beifall.

Mit Einbruch der Dunkelheit geht es erst richtig los. Die ganze Bevölkerung scheint sich im Freien ein Stelldichein gegeben zu haben. Man kann sich kaum einen Weg durch die mit freudig gestimmten Menschen vollgepfropften Strassen bahnen. Auf den Balkonen glühen buntfarbige Lampions auf, Buntfeuer wird abgebrannt, Raketen zischen zum dunklen Himmel, Böllerschüsse und Kracker werden abgeschossen, dass es nur so kracht. Ueberall Musik, Gesang, fröhliches Geplauder, Stimmung, Radau. Bis in die tiefe Nacht erklingt das Geplauze und Geschiesse.

Und kaum graut der Morgen, da geht es schon wieder von Neuem los. Dann ist überall Kirchgang, mit Abendmahl, Beichte, Opferkerzen usw. Am Nachmittag finden neben allerhand Volksbelustigungen Stierkämpfe statt, bei denen unter dem Jubel der frommen Menge armselige Kreaturen auf grausamste Art geschunden und gemetzelt werden. Und endlich als Abschluss des heiligen Tages am späten Abend eine imposante Prozession, die unter dem Geläut sämtlicher Kirchenglocken und dem Knallen explodierender Feuerwerkskörper ihr Ende in der festlich erleuchteten Kathedrale nimmt.

Die Zeitungen meldeten im vergangenen Jahre über diesen Feiertag folgendes :

Frömmigkeit und Grausamkeit.

(Madrid, 16. August.)

Der gestrige hohe kirchliche Feiertag von Mariä Himmelfahrt ist in dem katholischen Spanien mit dem üblichen "geistlichen" Gepränge und prunkvollen Prozessionen gefeiert worden. Aber gleich am Nachmittag fanden zur Belustigung der Gläubigen nicht weniger als 36 grausame und blutige Stierkämpfe statt, bei denen 358 Tiere blutig niedergehetzt und grauenvoll getötet wurden. In Valencia liefen die Zuschauer in die Arena hinunter, zerschlugen Tische und Bänke und drohten, das Gebäude in Brand zu setzen, weil sie mit dem vorgeführten Schauspiel nicht zufrieden waren. Es war ihnen nicht blutig genug!

Ja, Frömmigkeit und Grausamkeit wohnen oft sehr dicht beieinander. Und über das Alles schlägt die christliche Kirche das Zeichen des Kreuzes!

Geistliche.

Sie trifft man wie Sand am Meere. Es scheint davon eine Unmasse zu geben, denn man begegnet ihnen zu jeder Stunde, in allen Orten, auf allen Strassen und Plätzen. Am meisten sieht man sie, in prächtige Gewänder gekleidet, bei den häufigen Prozessionen und - vor den Kaffeehäusern. Da sitzen sie lässig an den Marmortischen, haben die Schleppe des langen Talars über die Stuhllehne gelegt, den flachgedrückten schwarzen Hut in den Nacken geschoben, eine Zigarette im Mundwinkel, und diskutieren und politisieren mit dem Nachbarn. Einen würdigen oder ehrfurchtgebietenden Eindruck machen sie keineswegs, und eine allzu grosse Verehrung scheinen sie bei der Bevölkerung, trotz deren Frömmigkeit, auch nicht zu geniessen. Das ist auch leicht erklärlich, tragen doch die hohen Abgaben, die für die Geistlichkeit entrichtet werden müssen, ganz wesentlich zur Verschlechterung der ohnehin schon elenden Lebenslage des Volkes bei.

Polizei.

Da ist zunächst die "Guardia civil". Man lasse sich durch den Namen nicht zu der Annahme verleiten, ihre Mitglieder gingen in Zivilkleidung. Im Gegenteil, sie stecken, genau wie die Polizisten aller Länder, im buten Rock. Sie haben eine graugrüne Uniform, gelbes Lederzeug und einen blendenlosen Tschako aus schwarzem Lackleder, dessen seltsame Form anfänglich zum Lachen reizt. Die Guardia civil ist eine militärisch gegliederte und gut bewaffnete staatliche Gendarmerietruppe, die sich aus ausgesucht kräftigen, strammen und intelligenten Leuten zusammensetzt. Sie galt als die zuverlässigste Stütze der Monarchie und wurde in allen Kämpfen der letzten Zeit gegen das revoltierende Volk eingesetzt. Auf dem Lande begegnet man häufig diesen Gendarmen, wo sie, stets zu zweit, die Landstrassen patrouillieren und überwachen. Ich habe diese Beamten, von denen ich täglich angehalten und auf meine Papiere hin geprüft wurde, stets als äusserst höflich und korrekt kennen gelernt und mich gern mit ihnen unterhalten. Sie waren meist sehr wissbegierig, interessierten sich für die Lage in Deutschland und vor allem für "den grossen Krieg", von dem sie immer hören wollten, und in dem, wie sie behaupteten, Deutschland "muy fuerte", d.h. sehr tapfer gekämpft habe.

Auch die Beamten der städtischen Polizei, der "Guardia municipal", lernte ich nur von der besten Seite kennen. So oft ich mich mit einer Bitte an sie wandte, immer erhielt ich höfliche, prompte und genaue Auskunft. Befand sich die gesuchte Strasse oder das gewünschte Gebäude in der Nähe, so begleitete mich der Hüter des Gesetzes, damit ich ja nicht fehl ging, oft selbst bis dahin mit. In Tarifa, wo ich spät Abends müde und verdreht ankam, fragte gemeinsam mit mir ein biederer Stadtpolizist fast sämtliche Gasthöfe der Stadt nach einem geeigneten Quartier ab, bis er, nach fast einstündigem Suchen, endlich eine billige und dabei doch saubere Posada für mich ausfindig gemacht hatte. Meinen Dank lehnte er bescheiden ab. Ob man Ähnliches auch bei uns erleben dürfte?

Rudolf Schneider.

Fest des Völkerfrühlings.^x

SPD. Der Mythos erzählt, dass der zürnende Gott dem Geschlechte der Menschen, das sich gegen seinen Willen aufreckte, um in frevelndem Hochmut Werke zu schaffen, die dem Götterwerk der Schöpfung an gewaltigen Massen gleich seien keine andre Strafe zumessen konnte, als dass er die Frevler in alle Winde zerstreute und ihre Sprachen verwirrte, sodass keiner mehr des Andern Rede verstehen könne, keiner dem Worte der Freundschaft lauschen, keiner der Meinung des Andern nachfragen und vom Rate der Weisen lernen. Denn bis dahin war es nur ein Volk, eine Gemeinschaft. Aber neben jenem Mythos vom unerbittlichen Strafgericht über die Völker klingt durch die Jahrtausende die Verheissung eines leuchtenden Pfingsten, einer Ausgiessung des Geistes, eines Wissens um die tiefsten Zusammenhänge alles Lebens, eines Ergriffenseins von der Liebe zum Nächsten, zum Bruder, einer grossen Völkerverbrüderung. In dieser höchsten Extase sinken alle künstlich aufgerichteten Schranken, und "es höret Jeder seine Sprache", den urewigen Mutterlaut des Herzens. In den brausenden Frühling fällt das Fest der Pfingsten. In unseren nördlichen Breiten ist oft zur Osterzeit noch alles Pflanzenleben in Frost und Eis gefesselt, aber zu Pfingsten lässt das Erwachen sich nicht länger niederhalten und zeugt vom Strome der Liebe, der im kosmischen Reigen des Jahres über Tod und Winternacht triumphiert und die Schranken einreisst zwischen dem Ich und dem Du.

In dieses jubelnde Erwachen klingen Kinderstimmen, weit über die Lande getragen. Ueber die starre Abgeschlossenheit der Völker, über die eisernen Grenzen eines wehrhaften Friedens klingen Pfingstlieder. Wieder kommen die

Kinder von Wales und bringen Grösse den Kindern der ganzen Welt, und ihre Worte finden Widerhall von der Nordseeküste bis zu südlichen Meeren, und vom fernen Ost antworten malayische Kinder aus Java und chinesische Schulkinder: "Brüder, Gefährten in aller Welt! Wir grüssen Euch, Kameraden aller Länder und aller Rassen. Wir sind Geschöpfe eines Gottes, Kinder einer Welt. Sollen wir später auch aufstehen und einander töten? Nie, niemals! Wir wollen zusammenhalten, arbeiten, uns die Hände reichen. Unsre Zeit wird kommen und mir ihr unsre Taten im grossen Friedenskampf aller Völker." - Aus der grössten Völkerwirrung, welche die Welt je sah, aus den Schrecken des Weltkrieges wurden diese Stimmen geboren, und wie das Bangen und Fragen der Mütter in allen Ländern das gleiche war, so tönt auch der Ruf von tausend und abertausend Zungen zu einem brünstigen Flehen um Erlösung durch den Geist eines Völkerfrühlings, in dem jeder die Sprache des Anderen, des Bruders versteht.

Pfingstvorstellung in Singapore.^x

SPD. "Willst Du nicht meiner Frau vorgestellt werden?" sagte Karl Gotsch zu mir, öffnete die Tür zum Nebenzimmer, und: Ich wäre beinah in Ohnmacht gefallen.

Dieser Vorgang spielte sich in einem kleinen Hotel in dem Schweizer Kurort Lauterbrunnen ab, wo wir alten Freunde uns nach so vielen Jahren zufällig wieder trafen. Der Anfang unsrer Bekanntschaft liegt weit zurück. Gotsch und ich bewohnten ein kleines Cottage, ein paar Meilen ausserhalb von Singapore. Dort hielt eines Abends ein kleines Ponywägelchen mit einem angegrauten Herrn. Das war McKlennan, der Bezirksvorsteher. "Gib mir schnell etwas zu trinken; ich habe ein gutes Geschäft für Dich", sagte McKlennan zu Gotsch. "Gott sei Dank", sagte Gotsch, "ich brauche 1500 Dollar bis Ende dieser Woche, denn ich habe mich mit einem Chinesen zusammengetan, und wir wollen Aga-Aga, den schwarzen Seetang, das Leibgericht der Chinesen, aus dem Haifischmeer von Kokoseiland herauftauchen lassen. Man kann sich dabei gesund machen. Chinesen selbst werden auf dem staatlichen Kabelschiff, das allein diese einsame Insel ab und zu mal anläuft, nicht befördert. Aber wenn ich selbst kein Geld in das Unternehmen stecken kann, verdient doch nur wieder der Chinese."

"Du kriegst 2000 Dollar in drei Tagen - für eine kleine Vermittlung", sagte McKlennan. Gotsch sollte für einen reichen alten Chinesen namens Chi-Foo-Sang 20 000 Dollar auftreiben, die dieser, der wegen Geheimbündelei zur Deportierung verurteilt war, als Kaution für künftiges gutes Betragen erlegen sollte. Chi besass ein Geschäft, Häuser und Grundstücke im Werte von gewiss 100 000 Dollar, musste aber jetzt als "Feind Englands" das Seine und die Seine im Stiche lassen, falls es ihm nicht gelingen würde, diese Summe in bar aufzutreiben. Und das war schwer, denn die Parole war ausgegeben worden, dem alten Chinesen nichts zu borgen - nicht einmal die Ghetti's, die indischen Wucherer wollten gegen Pfandbriefe etwas vorschliessen. Also sollte Gotsch die 20 000 Dollar gegen 10 % Provision bei Geschäftsfreunden auftreiben.

Gotsch fuhr mit mir nach Kuala Lumpur, um den Direktor einer Versicherungsgesellschaft aufzusuchen. Doch dort hiess es, der Direktor sei nach Penang gefahren, und als wir in Penang ankamen, hiess es, der Direktor sei in Malakka kurz, den Direktor fanden wir nicht.

Nach zwei Tagen waren wir wieder in Singapore und gingen in die Privatwohnung der Frau Chi-Foo. Wir traten in eine Mosaikhalle ein. Rund herum standen Armstühle aus Ebenholz mit chinesischen Kunstschnitzereien. Fräulein Chi-Foo kam die Treppe herab, blass und zitternd. Ihre Mutter war nicht zu Hause. Als ich ihr bedeutete, wie die Sache stand, stiess sie einen Schrei aus und fiel vor meinen Füssen zu Boden. Gotsch hob sie auf. Es war ein schönes Mädchen: ihr Gesicht hatte die orientalische Maske abgelegt und war fast madonnen-

haft weich. "Ich bringe das Geld", sagte Gotsch drauflos, "es sind noch $\frac{1}{2}$ Tage Zeit".

Auf dem Rückwege fiel mir eine gewisse Mrs. Metcalf ein, die (nicht ganz reinrassige) irische Witwe eines portugiesischen Mischlings. Sie besass ein Kuriositätengeschäft. Bei ihr traten wir ein. "Leihen Sie Frau Chi-Foo das Geld!" sagte ich, ihr die Umstände erklärend. "Einer Chinesin helfe ich nicht" sagte die rote Irin, die Malaienblut in ihren Adern hatte. "Die Chinesen vertreiben die Malaien aus ihrem Lande. In Java, in Sumatra, in Malaya, überall sitzen die reichen Chinesen und lassen die Malaien für sich arbeiten. Nein, ich helfe einer Chinesin nicht". In Ermangelung eines besseren Einfalles gingen wir in die Bar des Hotels Europe und tranken einen Whisky nach dem andern, in der Hoffnung, auf irgendeinen rettenden Gedanken zu verfallen. "Was guckst Du so trübselig in Dein Glas?" hörte ich da eine heisere Stimme hinter mir. Es war Lomas, ein notorischer Trunkenbold und fideler Bursche. Neben ihm stand ein trockener, kahlköpfiger Engländer, dessen grosse, grüne Augen Feuer sprühten. "Das ist Mr. Vincent", stellte Lomas vor, "der berühmte Zauberkünstler. Er hat schon bei Hof eine Vorstellung gegeben. Könnte er da nicht.... in den beiden Klubs, wie?....Kannst Du das arrangieren?...Du kennst doch den Sekretär....., eine magnetische Vorstellung....., Hypnotismus, Dollars....."

Soviel ich gehört hatte, war Vincent ein ausgezeichneter Hypnotiseur, aber gleichzeitig ein grossartiger Lump, der alles vertrank, sogar seine Zauberrapparate. "Ich bin heute nicht in Stimmung", erwiderte ich und erzählte Lomas von unsern vergeblichen Bemühungen, Geld aufzutreiben. "Verschafft Vincent die Vorstellungen, und er verschafft euch das Geld", sagte Lomas.

Plötzlich schoss Gotsch ein Gedanke durch den Kopf. Wenn Vincent imstande wäre, Mrs. Metcalf zu hypnotisieren? Sollte man sie nicht auf diese Weise dazu bringen können, die 20 000 Dollar zu leihen? Mein Freund fragte den Engländer. Der lächelte überlegen. So etwas ist eine Kleinigkeit für einen Zauberkünstler der sich schon einmal im Londoner Königspalast produziert hat. Jedenfalls war keine Zeit zu verlieren. Wir fuhren nach den Klubs. Am nächsten Tage, am Pfingstsonntag, konnte im "unteren" Klub, wo auch Mischlinge, Geschäftsinhaber und Angestellte verkehren, mit einer Vorstellung begonnen werden. Gotsch gab Mr. Vincent 100 Dollar. Einladungen mussten gedruckt werden; er musste in Mrs. Metcalf's Laden etwas einkaufen, dabei von seiner Vorstellung sprechen und die Neugierde der roten Irin erwecken.

Am nächsten Tage prangte Mr. Vincent, der Meisterhypnotiseur, an allen Mauern Singapores. Man sprach nur von ihm und dem Abend. Die Vorstellung war ausverkauft. In der ersten Reihe sass Mrs. Metcalf, über und über mit Brillanten geschmückt. Mr. Vincent benutzte sie des öfteren als Medium und hob ihre äusserordentlichen Fähigkeiten hervor. Das hinderte ihn freilich nicht - betrunken, wie er offenbar schon wieder war -, sie mit einem Besenstiel als ihrem Geliebten auf dem Podium tanzen und als bellender Hund herumkriechen zu lassen. Dann sagte er ihr, sie hätte glühende Kohlen unter den Füssen, und sie fing an zu hüpfen und zu kreischen. Das Publikum unterhielt sich glänzend. Als wir uns nach Schluss der Vorstellung von Frau Metcalf verabschiedeten, bedauerte sie zu unserm Erstaunen von neuem, Frau Chi-Foo das Geld nicht vorstrecken zu können. "Ihre Methode hat fehlgeschlagen", sagte ich ärgerlich zu Mr. Vincent. Er lächelte überlegen: "Seien Sie morgen Mittag um 12 Uhr mit den Pfandbriefen bei Frau Chi-Foo, und kommen Sie jetzt mit mir in die Bar!"

Am nächsten Tage sassen wir um 12 Uhr in der Mosaikhalle bei Frau Chi-Foo. Von einem inneren Balkon sahen wir Fräulein Chi-Foo herabblicken. Die Pfandbriefe lagen auf dem Tische. Niemand sprach ein Wort. Plötzlich ging die Türe auf. Mrs. Metcalf trat ein, eine Tasche in der Hand. Sie ging auf den Tisch zu, zählte die 20 000 Dollar auf und nahm die Papiere, die dort lagen, zu sich, ohne sie anzusehen. Frau Chi-Foo wollte aufspringen, doch ich hielt sie, wie beim Eintritt, fest an der Hand. Es war mir klar, dass Frau Metcalf in hypnotischem Zustande den Willen eines Andern ausführe und man sie nicht

stören dürfe.

Noch am gleichen Abend wurde Chi-Foo nach Hause gebracht. Tags darauf veranstaltete er zu unsern Ehren ein Fest und bat Gotsch bei dieser Gelegenheit, ein kleines Geschenk von ihm anzunehmen. Es war eine kleine Silberkassette. Als Gotsch sie öffnete, lagen 2 000 Dollar darin.

Bald darauf verliess ich Singapore. Als ich in einem Rickshaw zum Kai hinabfuhr, sah ich Vincent unter der Haustür der roten Irin, Mrs. Metcalf, stehen. "Hallo", rief er, "Chi-Foo hat uns das Geld schon zurückgezahlt!" Die Beiden waren ein Paar geworden... der Wille des Mediums war am Ende doch stärker gewesen als der des Zauberers.

Wahrscheinlich hat auch Karl Gotsch bald darauf geheiratet... das madonnenhaft schöne, zarte Chinesenmädchen. Aber seitdem waren 20 Jahre verstrichen, und sie sah jetzt aus wie ein Räuberhauptmann. "Freut mich sehr", sagte sie, mir die Hand reichend, "erkennen Sie mich nicht mehr?"...

Heinrich Hemmer.

Tiergeld.^x

SPD. Eins der merkwürdigsten Kapitel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung heisst Tiergeld. Die Einheit im Vermögen eines Tiergeldmagnaten - solche Leute gibt es tatsächlich - ist ein Biber. Fünf fünf Biberfelle tauscht man einen Silberfuchs ein. Für zwei Marder erhält man einen Biber. Mit diesem sonderbaren Gelde wird auch heute noch wirklich gehandelt. Wo? Im nördlichsten Amerika, in Kanada und Britisch Kolumbien vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean, auf einem Gebiete, das gerade so gross wie ganz Europa ist, Russland inbegriffen. Dieses hübsche Stückchen Land hat genau vor 260 Jahren ein "Königlicher" Freibrief Englands einer kleinen Schar Geldmensen übereignet mit den Hoheitsrechten und vor allem mit dem Recht, in den die "Hudsonbai" umgebenden Ländern Handel zu treiben.

Schon diese Hudsonbai selbst hat eine dunkle Geschichte. Denn, neunundfünfzig Jahre vor dieser Uebereignung richtig entdeckt, hat sie ihren Entdecker, einen englischen Kapitän Henry Hudson, nach dem sie bis heute den Namen trägt, das Leben gekostet. Diese Meeresbucht ist gerade eine Million Quadratkilometer, also doppelt so gross wie Deutschland. Sie ist ein ungeheures Meer, und inmitten der Wasserwüste wurde Hudson mit seinem Sohn und sieben Matrosen in einer Schaluppe von seiner meuternden Mannschaft ausgesetzt. Er ist für immer verschollen, verhungert, erfroren, ertrunken, wer weiss wie umgekommen.

Aber die Länder um dieses Meer, die er entdeckt hatte, lenkten und lenken bis heute einen Geldstrom nach England. Ungeheuere Lärchen- und Föhrenwälder bedecken dieses nördlichste Amerika, und in ihnen befindet sich ein Paradies von Pelztieren. Füchse aller Art, vom kostbaren Silberfuchs bis zum Blaufuchs, Weissfuchs und Rotfuchs, Nerze, Marder, Bären, Skunkse, Bisamratten, Ottern, Hermeline, Iltisse, Seehunde beleben diese ungeheuren Einöden und die Seeküsten in einst geradezu unermesslichen Mengen, die allerdings jetzt allmählich schwinden. Immerhin geben die letzten erreichbaren Verzeichnisse noch hübsche Ziffern an. In einem Jahre laufen in den Händen der "amtlich" so benannten "Oberhändler" 2 850 000 Bisamrattenfelle zusammen, 520 000 Seehunde, 130 000 Biber, ebenso viele Zobel, 200 000 Nerze, allerdings auch dort im Pelzparadies nur 1 500 Silberfüchse, von denen man heute mehr züchtet denn jagt. Die Leiter dieser merkwürdigen Jagdanstalt sind lauter Schotten, die Jäger und Reisenden aber fast alle französische Mischlinge und reine Indianer, die in schrecklichen Einsamkeiten und Wintergefahren einem der schwersten aller Abenteurerberufe nachgehen und ihre Beute regelmässig auf den 152 Posten abliefern, die wieder über 33 Distrikte und 4 Hauptstellen Schiffsladungen von Pelzen in die zivilisierte Welt schaffen. Viel behalten natürlich New York

und London, aber ein ganz erheblicher Teil dieser Pelzberge sammelt sich auch auf der weltberühmten Rauchwarenmesse von Leipzig. Bis so ein Fuchskragen, als Erfüllung heisser Wünsche zum erstenmal wärmt, ist er durch zahllose Hände gegangen, hat viele Länder und Meere durchquert, die halbe Erde umkreist, und immer wieder hat er eine Profitrate an einen Zwischenhändler abgeworfen. In armseligem Tauschhandel hat der ärmste Teufel von Indianer oder Waldläufer, der oft sein Leben, immer aber seine Gesundheit daran wagte, am wenigsten davon gehabt; fast alles von seinem Werte blieb an der Kette der Kapitalistenhände hängen, das meiste in den Kassen der hochmögenden Hudsonbai-Kompagnie zu London, deren 2500 Aktionäre ein Stück Urnatur entvölkern liessen und vom grünen Tisch aus tausende von Menschen überm Meere immer wieder hinausenden in Selbstaufopferung und Todesgefahren.

Dr. R. Francé.

SPD. Die gefährlichste Giftschlange der Welt.^x Ein Exemplar einer unheimlichen Schlangenart befindet sich seit einigen Tagen im Wiener Naturhistorischen Museum. Es ist eine über drei Meter lange naja bunjarus, eine Königshutschlange, der Schrecken Sumatras und die gefährlichste Giftschlange der Welt. Ihr Opfer war ein japanischer Schlangengaukler, der nach dem Berichte des Wiener Naturforschers und Arztes Dr. Kopstein von dem Reptil in das Handgelenk gebissen wurde. Er hatte sich für gift sicher gehalten, da er schon öfters von kleineren Giftschlangen gebissen worden war, starb aber nach wenigen Minuten unter fürchterlichen Lähmungserscheinungen. Dr. Kopstein, der von den Angehörigen des Gauklers zu spät gerufen worden war, fand die Schlange in einer Kiste neben der Leiche und brachte das selten grosse Exemplar in Alkohol nach Wien. Die Königshutschlange ist nicht nur die giftigste, sondern auch die reizbarste und angriffslustigste Schlange. Während die meisten Giftschlangen beim Nahen eines Menschen verschwinden, richtet sie sich sofort hoch auf und zeigt ihren aufgeblähten roten Hals mit der deutlichen Brillenzeichnung. Sie geht nicht nur auf Menschen, sondern sogar auf Ochsen und Pferde los. Mit Vorliebe verschlingt sie auch kleinere Schlangen, besonders die auf Sumatra sehr häufige ungiftige Hühnerschlange.

SPD. Goethes Vater in Italien.^x Goethes Vater, der ebenso wie später sein Sohn in seinen Jugendjahren eine italienische Reise unternommen hat, berichtet in seinem sehr sorgfältig geführten Tagebuch aus dem Jahre 1746 von einer abscheulich rohen Sitte, die er in Neapel beobachtete. Neugeborene Kinder, die vor Empfang der Taufe verstorben waren, wurden bei der Kirche San Maria Maggiore nackt in ein gemauertes Loch geworfen, eins über das andere. Das Loch war oben offen, da der Deckel, der ursprünglich darauf gelegen hatte, im Laufe der Zeit zerfallen war. Auch von seltsamem Aberglauben berichtet Goethes Vater. In der kleinen Stadt Rovigo, die unter der Herrschaft Venedigs stand, zeigte ihm der Graf von Rovigo ein Stück Leinwand, auf das eine glühende rechte Hand gedruckt war. Der Graf erzählte ernsthaft, dass vor einigen Jahrzehnten dort eine Bauernfrau sich vor ihrem Tode von ihrem Sohne habe versprechen lassen, dass er, wenn sie gestorben wäre, eine Messe für sie lesen lassen würde, damit sie schneller aus dem Fegefeuer erlöst würde. Der Sohn hielt dies Versprechen nicht. Da sei ihm nach 24 Jahren Nachts die Mutter erschienen und habe dem Schlafenden das Bettuch fortgezogen. Auf der Leinwand des Tuches sei eine glühende Hand abgezeichnet geblieben, und das sei eben dies Stück.

H.in P. Eine Schadensersatzforderung kann nur dann geltend gemacht werden, wenn der Schaden auf eine vorsätzliche oder fahrlässige Handlung zurückzuführen ist. Da Vorsatz nicht in Frage kommt, ist allein zu prüfen, ob ein fahrlässiges Handeln vorliegt. Fahrlässig handelt das betr. Mädchen, wenn es die im Bereich seiner Tätigkeit erforderliche Sorgfalt nicht beobachtet. Ist der Schaden auf einen Zufall zurückzuführen, so kommt eine Haftung nicht in Frage.

Sicherheitsschloss. Wird vom Mieter ein Sicherheitsschloss eingebaut, so wird dieses nicht Eigentum des Hauswirts. Es kann wieder entfernt werden. In diesem Falle ist jedoch die Tür in den alten Zustand zu versetzen. Für Beschädigungen des Sicherheitsschlusses kommt der Hauswirt nicht auf. Die Reparaturkosten hat also der Mieter zu tragen.

+
E.B. in Sp. Der Sohn ist unter allen Umständen pflichtteilsberechtigt. Er kann also von der Erbschaft nicht ausgeschlossen werden, zu mindestens erhält er die Hälfte des auf ihn entfallenden gesetzlichen Erbteils als Pflichtteil. Wenn Sie über Ihre einzelnen Vermögensgegenstände schon zu Lebzeiten etw durch Schenkung verfügen, so befinden sich diese nicht mehr im Nachlass; sie sind also den Erben entzogen. Soll der mit Ihrer Anfrage beabsichtigte Zweck erfüllt werden, so empfiehlt es sich, durch Schenkung schon jetzt über die Gegenstände zu verfügen. Damit Sie im Besitz dieser Gegenstände bleiben, wäre es zu überlegen, ob Sie in dem Schenkungsvertrag den Passus aufnehmen, dass diese Gegenstände Ihnen bis zum Lebensende leihweise überlassen bleiben. Es ist noch darauf zu achten, dass das Schenkungsversprechen der notariellen oder gerichtlichen Beurkundung gemäss § 518 des Bürgerlichen Gesetzbuches bedarf.

+
W.Z. in N. Im § 1280 der Reichsversicherungsordnung ist bestimmt, dass die Anwartschaft erlischt, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstage weniger als 20 Wochen Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind. Von dieser Regel gibt es nur eine Ausnahme, nämlich in dem Fall, wenn die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfalle liegende Zeit zu mindestens drei Vierteln durch ordnungsmässig verwendete Beitragsmarken belegt ist. Dabei stehen den Beitragsmarken solche vollen Kalenderwochen gleich, die durch entrichtete Beiträge zur Angestelltenversicherung gedeckt sind. Danach dürfte die Anwartschaft Ihrer Frau nicht erfüllt sein.

+
F.R. in N. Zu 1.) Ihre Ehefrau hat Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung vorausgesetzt, dass sie die Anwartschaft erfüllt hat. Von der Arbeitslosenunterstützung wird derjenige Betrag gekürzt, der das wöchentliche Einkommen des Ehemannes RM. 35.-- übersteigt. Zu 2.) Die Ansprüche aus der Invaliden-Hinterbliebenenversicherung gehen lediglich auf Zahlung einer Invaliden-, Witw Witwer- und Waisenrente. Auch kommen noch freiwillige Leistungen, insbesondere Einleitung eines Heilverfahrens und Pflege in Frage. Dagegen ist aus dieser Versicherung ein Sterbegeldanspruch nicht gegeben. Dieser kommt vielmehr nur bei der Kranken- und Unfallversicherung in Frage. Zu 3.) Den Antrag aus dem Jahre 1921 können Sie selbstverständlich nicht wieder verfolgen, da die Entscheidung rechtskräftig geworden ist, weil Sie ein Rechtsmittel nicht eingelegt haben. Es empfiehlt sich die Angelegenheit neu zu betreiben und einen neuen Antrag zu stellen. Zu 4.) Aus Ihrer Anfrage geht nicht hervor, in welcher Eigenschaft Sie bei der Reichsbehörde beschäftigt gewesen sind. Sind Sie Beamter gewesen, so haben Sie Anspruch auf eine Pension.